

Arbeiter-Zeitung

Preis 10 Pf.
Erscheinungstag: Freitag, 5. April 1929
Preis: Einzelnummer 10 Pf., Einzelband 1.00 RM.
Verlag: Arbeiter-Zeitung, Berlin, Unter den Eichen 10.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlag: Arbeiter-Zeitung, Berlin, Unter den Eichen 10.
Telefon: 239 02. Geschäftszeit: von 10-12, 1-3, 5-7.
Montags bis Freitags von 17-19 Uhr. Betriebsstellen:
Glatz: Glatz, Poststr. 20, Tel. 4085; Oppeln: Oppeln, Tel. 1204;
Wettin: Wettin, Telefon 2884. Geschäftszeit: von 8-12 Uhr.
Verlag: am Hauptverlag Berlin. — Verleger: Schottländer, Berlin, Unter den Eichen 10.

„Einheitsfront gegen die Sowjets“

Kriegsangebot des französischen Imperialismus / Deutsche Schwerindustrie fragt: „Was zahlt Ihr?“

Unsere Leser werden sich noch gut erinnern an die Artikel, die das Organ der Schwerindustrie, „Die Deutsche Bergwerkszeitung“, in den letzten Wochen und Monaten über die Notwendigkeit eines deutsch-französisch-englischen Bündnisses veröffentlicht hat. Es war klar, daß dieses Bündnis nur einen sowjetfeindlichen Charakter tragen konnte und mußte. Besteht doch der Sinn eines derartigen Bündnisses einzig und allein, oder jedenfalls in allererster Linie in der Errichtung der Einheitsfront gegen die Sowjetunion. Je mehr die Reparationsverhandlungen eine deutlich greifbare Gestalt annehmen, um so klarer wird auch die Sprache der Imperialisten. Während die deutsche Sozialdemokratie, so u. a. Herr Loh in seinem Osterartikel über die Reparationsfrage, noch zu leugnen versucht, daß die Pariser Konferenz vornehmlich der Herstellung dieser einheitlichen Kriegsfront gegen die Sowjetunion dient, sehen die Imperialisten selbst den Zeitpunkt für gekommen, eine unverhüllte, offene Sprache zu führen. Deshalb ist der Pressefeldzug gegen

die Sowjetunion, der jetzt mit unerhörter Schärfe einsetzt, ein besonders alarmierendes Signal der drohenden Kriegsgefahr für die Arbeiterschaft der ganzen Welt.
Wenn es noch eines Beweises für den Ernst der Kriegsgefahr bedurfte, so liefert ihn der Artikel des französischen Staatsmannes Henry de Jouvenel in der deutschen „Bergwerkszeitung“ vom 3. April. Schon die vielstimmige Vorbemerkung des schwerindustriellen Organs deutet klar an, um was es geht: „Die nachstehenden Ausführungen des französischen Staatsmannes sind aus dem Grunde besonders interessant, weil sie zeigen, wieviel Wert man in Frankreich darauf legt, Deutschland in die Einheitsfront gegenüber Rußland einzufügen zu können. Der Autor vergißt nur zu sagen, welche Vorteile man Deutschland für die Aufgabe seiner bisherigen Politik bieten will und kann.“
Und nun höre man die Vorschläge von Jouvenel. Wer ist aber Henry de Jouvenel? Kein Außenminister, kein Phantast, kein

Eigenbrötler, sondern ein führender Politiker der „linken“ bürgerlichen Gruppen in Frankreich, ehemaliger Minister im „linken“ Herriot-Kabinett, kurz und gut ein Verbündeter und Freund nicht nur der jetzigen Regierung der „nationalen Einheit“, sondern insbesondere auch der französischen und der internationalen Sozialdemokratie. Jouvenel schreibt:
„Können wir aber mit der Sowjetregierung zusammenarbeiten? Mir scheint es unvermeidlich, daß die Westmächte, die doch auf gleicher Kulturstufe stehen, immer noch nicht die Notwendigkeit einer einheitlichen Politik gegenüber den Russen eingesehen haben. Die Aüßere Regierung muß früher oder später doch das Feld räumen, und dann werden sich die Vorteile einer gemeinsam verfolgten Politik zeigen. Das erneuerte Rußland (!) wird zu einem sehr wesentlichen Bestandteil der europäischen Wirtschaft werden. Wir werden Rußland dann zunächst in seinem Wiederaufbau unterstützen müssen und werden das nur dann wirksam tun können, wenn wir seine Lage genau kennen und das nötige Kapital zur Gewährung von Anleihen besitzen. Zweifellos verfügt aber kein einziger europäischer Staat für sich allein über das erforderliche Geld. Schon deshalb müssen sich die europäischen Staaten zusammenschließen und es vermeiden, sich einzeln für die russische Politik auszunutzen zu lassen.“
Nachdem der französische Politiker der deutschen Bourgeoisie Vorwürfe macht, daß sie bis jetzt eine sogenannte rußlandfreundliche Politik getrieben hätte, richtet er im Namen des englisch-französischen Imperialismus an Deutschland die Forderung, seine bisherige unklare Linie aufzugeben und eine „gründliche Umstellung“ der deutschen Außenpolitik vorzunehmen. Wörtlich heißt es in dem Artikel:

Bereitete Provokation!

Machtvolle antifaschistische Demonstration der Breslauer Arbeiterschaft

Breslau, 4. April.
Aus Anlaß des Bismarck-Geburtstages zogen gestern Abend Mitglieder des Breslauer Stahlhelms durch das Arbeiterviertel Breslau-West. Als die Selbst-Jünger in die Friedrich-Wilhelm-Straße kamen, wurden sie von der dortigen Arbeiterbevölkerung mit kühnen Nieder- und Hürufen empfangen. Es entstand eine spontane machtvolle Gegendemonstration gegen die Faschisten. Von einem riesigen Polizeiaufgebot geschützt, das weit stärker war als der klägliche Zug der Stahlhelmer, zogen die Faschisten, Speikrüten laufend, nach ihrem Versammlungsort in der Schlachthofstraße. Dort sammelten sich immer neue Arbeitermassen an. Genosse Landtagsabgeordneter Wollweber sprach vor dem Stahlhelmlokal unter kühnem Zustimmung von annähernd tausend Gegendemonstranten gegen den Faschismus. Polizeibeamte, die bereits während der Demonstration wiederholt durch Abriegelungen die Massen provoziert und durch Krügeln versucht hatte, die Straße den Faschisten zu sichern, schlugen bei dem Rückmarsch der Gegendemonstranten in brutaler Weise auf Arbeiter ein. Landtagsabgeordneter Genosse Wollweber, der einen Schupmann, der auf einen jugendlichen Loschlag, zur Rede stellte und dessen Personalien verlangte, wurde ebenfalls mit dem Gummiknüppel attackiert. Es gelang unserem Genossen später, die Personalien des Prügelhelden festzustellen.

Die Breslauer revolutionäre Arbeiterschaft hat gestern wiederum bewiesen, daß sie nicht gewillt ist, die Straße den Faschisten zu überlassen. Ihr machtvoller Gegenmarsch war eine wichtige Kundgebung gegen das Faschistenpack, das wieder einmal Morgenluft wittert und sich überall manig macht. Wenn aber die Regisseure des Faschistenaufmarsches gestern gehofft hatten, durch Provokation von Zusammenstößen Herrn Reichbörner den Vorwand zur Verhängung des Kleinen Belagerungszustands zu geben, so haben sie sich gründlich getäuscht. Die geistige Demonstration war nicht nur ein glänzendes Zeugnis für die Alarm- und Kampfbereitschaft der Breslauer revolutionären Arbeiterschaft, sondern sie legte zugleich Zeugnis ab von ihrer glänzenden revolutionären Disziplin. In größter Ordnung vollzog sich trotz der Spontanität der Gegenlungbeugung der Aufmarsch, die wirkungsvolle Demonstration vor dem Versammlungsort und der Rückmarsch der Arbeiterdemonstranten. Wenn die „Schlesische Zeitung“ heute in einem Artikel, betitelt: „Geförderter Stahlhelmaufmarsch“, Gift und Galle speit und die an der Gegendemonstration beteiligten Arbeiter als Böbel beschimpft, so ist diese Wut des Faschistenblattes die beste Bestätigung dafür, daß der Breslauer Arbeiterschaft gelungen war, Stahlhelmprovokationen und Stahlhelmaufmärsche in einer Weise zu vereiteln, daß den Selbst-Jüngern wohl die Luft vergehen dürfte, ihre schwarzweißroten Mordverfahren in die Arbeiterviertel zu tragen.
(Näheres siehe unter Breslau.)

„Diese Schwierigkeit beweist die unbedingte Notwendigkeit, dem Bolschewismus in seinen wirtschaftlichen, politischen, psychologischen und europäischen Auswirkungen in einer festen Front gegenüberzutreten. Das bleibt aber so lange unmöglich, als Deutschland noch zwischen ost- und westeuropäischer Politik hin- und her schwankt, und deshalb wäre es sehr vorteilhaft, wenn es gelänge, Deutschland von der Befolgung seiner bisherigen Politik abzubringen. Eine gründliche Umstellung der deutschen Politik wäre für Deutschland selbst von eben so großem Nutzen wie für das übrige Europa. Die Politik des „europäischen Gleichgewichts“, von der sich die deutschen Staatsmänner anscheinend leiten lassen, ist überhaupt nur durchführbar, wenn es sich um Staaten handelt, die auf gleicher Zivilisationsstufe stehen. Umgekehrt ist eine Politik, die in erster Linie der Erhaltung der westlichen Zivilisation dient, noch lange nicht gleichbedeutend mit der Befolgung einer Angriffspolitik gegenüber Rußland. Ich glaube, der Zeitpunkt ist nicht mehr allzu fern, an dem sich alle Westmächte entscheiden müssen, wie weit sie mit der russischen Regierung noch zusammenarbeiten können, solange sich Rußland nicht von seinen bisherigen unmöglichen Experimenten freimachen kann.“
Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß das Leugnen einer offenen Angriffspolitik gegenüber der Sowjetunion nur eine nichtsagende Phrase ist, die von Jouvenel selbst nicht ernst genommen wird. Die Sprache, die hier geführt wird, ist vollkommen eindeutig. Die Tatsache, daß das führende Organ der deutschen Schwerindustrie den Artikel an leitender Stelle veröffentlicht ebenfalls. Die Differenzen, die noch bestehen, beziehen sich eben, wie in jedem Schachergeschäft, auf den Kaufpreis, den Deutschland, d. h. der deutsche Imperialismus für den Anschluß an die Kriegsfront fordern und den Preis, den der französische Imperialismus zu zahlen bereit ist.

Kabinett Geipel zurückgetreten

Ein Scheinmanöver — Erhöhte faschistische Gefahr

Wien, 4. April.
Regierung Geipel ist am Mittwochvormittag zurückgetreten. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei kennzeichnet den Rücktritt der Regierung als ein Manöver. Die neueste Zustüpfung der Klassenkämpfe in den letzten Monaten und die Auswirkungen des Kampfes gegen den Faschismus, die wirtschaftlichen Angriffe der Unternehmer haben zu diesem Manöver geführt. Geipel macht den Sozialdemokraten ein scheinbares Koalitionsangebot. Nur infolge der Kampfstimmung der Arbeiterschaft ist die Sozialdemokratie nicht in der Lage, auf der Grundlage des Geipelschen Programms die Koalition zu führen. Darauf erklärte Geipel und der Bürgerblock: Wir haben einen Vorschlag gemacht, ihr wolltet nicht; nun erst recht faschistisch her Kurs. Der Bürgerblock muß sich alle neuen Vorkämpfer für Durchführung der Verschärfung des faschistischen Kurzes geben lassen.
Die „Rote Fahne“ Wien schreibt zu dem Rücktritt Geipels:
Höchste Wachsamkeit, intensive Fortsetzung des Streiks der Arbeiter, härtester Kampf gegen die Faschisten auf der Straße und

in den Betrieben, Streikleitungen in den Betrieben, antifaschistische Abwehrkomitees, keine Regierungsfriedung. Nieder mit dieser und jeder anderen Bürgerblockregierung! Tod dem Faschismus! Nieder mit der verräterischen Koalitionspolitik der Sozialdemokratie! Es gibt nur eine Regierung für die Arbeiterklasse, die Arbeiter- und Bauernregierung!
208 Neuaufnahmen im ober-schlesischen Parteibezirk
Die Partei gewann im ersten Vierteljahr 1929 insgesamt 208 neue Mitglieder, und zwar im Monat Januar 58, im Februar 82 und im März 68. Gewiß ein recht ansehnlicher Erfolg.
Genossen! Werbt mit aller Kraft weiter neue Mitkämpfer für die Partei! Der neue Schanderlag des Polizeiministers Gressincki, der das Verbot der KPD vorhebt, müßte gerade ein Ansporn für jedes Mitglied der Partei sein, unsere Reihen zu stärken gegen Trußkapital und Sozialfaschismus.

Dieser sich immer fester und stärker anbahnenden Einheitsfront der internationalen Kriegstreiber gilt es die einheitliche Kampffront des internationalen Proletariats entgegenzustellen. Die Demonstrationen des deutschen Proletariats am 1. Mai, die Betriebsrätewahlen, die in den kommenden Wochen stattfinden, das Rote Pfingsttreffen in Hamburg werden die deutschen Imperialisten, ihre bürgerlichen Verbündeten und reformistischen Agenten belehren, daß sie bei ihren Rechnungen die Kraft der revolutionären Front nicht richtig eingeschätzt haben. Zwar zeigen das Förgiebel-Verbot in Berlin und seine Nachahmungen im Reich zur Genüge, welche Angst die Reformisten vor dem revolutionären Vormarsch der kommunistischen Partei empfinden. Die Bourgeoisie wird aber auch begreifen müssen, daß kein Verbot, keine Verfolgung die Kraft der roten Millionenfront zu brechen vermag und daß jeder geplante Schlag gegen den einzigen Arbeiterstaat von uns mit einem um so mächtigeren Gegenschlag gegen die Kriegstreiber beantwortet werden wird.

An die Bergarbeiter in DG!

Kameraden, organisiert den Kampf um eure Forderungen

Die am Freitag, 20. März, in Hindenburg tagende Konferenz der oppositionellen Bergbauunionsmitglieder nahm Stellung zu der politischen Situation und den besonderen Bergarbeiterfragen. Die anwesenden Bergarbeiterfunktionäre erklärten sich, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer das Mehrarbeitszeitabkommen am 1. März nicht zu dem Zweck kündigten, um durch Kampfmaßnahmen im Bergbau unter Tage den Lebensunterhalt, aber Tage den Achtstundentag zu verlängern, sich um die Reduzierung der 99 Positionen durchzuführen, nicht um die von den Bergarbeitern gewünschte Regelung des Lohnes durchzuführen, nicht um eine Lohnsenkung der Bergarbeiter pro Schicht um 1,50 Mark durchzuführen, sondern sie kündigten das Arbeitszeitabkommen lediglich zu dem Zweck, um die Bergarbeiter zu beiraten und freizugehen. Sie nahmen nicht einmal daran, Kämpfe der Bergarbeiter vorzubereiten. Sie waren von vornherein gewillt, sich reslos dem Willen der Schlichter zu fügen. Dies beweist der Ausdruck des reformistischen Bergarbeiter, Führers" Reicha auf einer Belegschaftsverammlung der Preußengrube. "Es wird verhandelt werden, und es wird alles beim alten bleiben. Leute müssen wir festhalten, daß tatsächlich alles beim alten geblieben ist, denn nur für einen verschwindend geringen Teil der Bergarbeiter über Tage soll die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert werden."

Die Gewerkschaftsbürokratie wird also nichts unternehmen, um Kämpfe um Lohn und Arbeitszeit zu führen. Obwohl sie sich darüber klar ist, daß dies der einzige Weg sein kann, um zu besseren Lebensbedingungen zu gelangen.

Sie wollen keine Kämpfe führen und können auch keine führen, da sie mit diesem Kuschelelhaat auf engste verbunden sind. Sie bilden mit der Bourgeoisie ein Herz und eine Seele. Die Bourgeoisie würde dieser bestochenen und korruptierten Schicht der Arbeiterarbitratre, den sozialdemokratischen Ministern, Staatssekretären, Landräten, Polizeipräsidenten, Bürgermeistern usw. den Fußtritt geben, wenn sie nicht alles daran setzen würden, die Arbeiterschaft von Streiks abzuhalten.

Deshalb verlangt der sozialdemokratische Innenminister Erzberger die Belagerungszustand über Preußen. Deshalb sollen die SPD. und die übrigen revolutionären Arbeiterorganisationen ver-

boten werden. Deshalb dringt der sozialdemokratische Innenminister mit dem Verbot der Versammlungen der Arbeiter. Deshalb greifen die Gewerkschaften und Erzberger noch zu schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiter, wie es niemals durch revolutionäre Parteimitglieder der Vorkriegszeit geschehen ist. Deshalb drohen die Gewerkschaften der Bourgeoisie mit einem Verbot der Feiern des 1. Mai.

Dieses sind auch die Gründe, weswegen die reformistische Verbandsbürokratie zu Massenaustritten aus den Gewerkschaften geht. Gerade in der letzten Zeit hat man im Verband der Bergbauindustriearbeiter Obereschleffens oppositioneller Bergarbeiter, die jahrelang mit der Arbeiterschaft auf engste verwachsen sind, hinausgeworfen. Ihr einziges Verbrechen" bestand darin, daß sie die Interessen der Bergarbeiter vertreten haben.

Die Gewerkschaftsführer gehen zur Spaltung über, weil sie glauben, auf diese Art und Weise die Arbeiterschaft von den Kämpfen um Lohn und Arbeit abzuhalten.

Sie versuchen ihr reaktionäres Verhalten mit der Begründung zu verbeden, daß sie nicht kämpfen können, da die Bergarbeiter noch nicht genügend gewerkschaftlich organisiert sind. In Wirklichkeit wissen sie natürlich ganz genau, daß die Arbeiter nie zu 100 Prozent organisiert sein werden, vor allem aber dann nicht, wenn die Gewerkschaften keine ernsthaften Kämpfe zur Verbesserung des Lebensniveaus der Arbeiterschaft führen werden.

Die Unorganisierten, die zu einem sehr großen Teil bereits Mitglieder der Gewerkschaften waren, durch den Verrat und das Nichtkämpfen den Gewerkschaften lieber den Rücken gekehrt haben, haben aber oftmals bewiesen, daß sie unter ihnen sehr viel gute Klassenkämpfer befinden. Beim Streik der Hamburger Gasenarbeiter, während der Aushandlung der obereschleffischen Bauarbeiterstreik usw. kämpften die unorganisierten Arbeiter Schulter an Schulter mit den organisierten Arbeitern.

Das hysterische Geschrei der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Unorganisierten hat nur den Zweck, die Arbeitermassen zu betrüben. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir nur dann zu besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen kommen, wenn wir

die Organisierung von Wirtschaftstreibern stark in die Hand nehmen.

Die Grubenbarone denken gar nicht daran, freiwillig unsere berechtigten Forderungen zu erfüllen. Es wird nur dann möglich sein,

den Sechsstundentag unter Tage, den Achtstundentag über Tage, den Sechstundentag für jugendliche Arbeiter, die Reduzierung der 99 Positionen des Manifestarths, die 1,50 Mark Lohnsenkung pro Schicht, die Gewährung eines jährlichen Urlaubs von 8 bis 21 Tagen und eines dreiwöchigen Urlaubs für jugendliche Arbeiter durchzusetzen, wenn wir ernstlich daran gehen, unsere Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Kameraden! Nehmt in Belegschaftsversammlungen zu diesen Forderungen Stellung! Bildet auf allen Anlagen

Kampfausschüsse zur Vorbereitung des Kampfes

Nur so wird es uns möglich sein, im obereschleffischen Bergbau-veiler bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Am 1. Mai dürfen sich die Bergarbeiter wie auch die übrige Arbeiterschaft das Recht auf die Straße nicht nehmen lassen, sondern sie müssen durch Massendemonstrationen ihren Kampfwillen unter revolutionären Losungen kundtun.

Kein Bergarbeiter darf an etwaigen sozialdemokratischen Saalveranstaltungen teilnehmen, sondern demonstrieren mit der in der kommunistischen Partei organisierten revolutionären Arbeiterschaft. An die gesamte Bergarbeiterschaft richten wir die Forderung, mit uns den Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaftspallete aufzunehmen.

Kameraden! Bergarbeiter!
Kämpft für die Aufnahme der aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen!
Beschlagt die Ausnahmebestimmungen in den Gewerkschaftstatuten, die sich nur gegen die revolutionäre Opposition richten!
Kämpft gemeinsam gegen Reaktion und Sozialfaschismus, gegen das brotende Verbot der SPD. und des NSD.
Bereitet euch zum Kampf um höhere Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und bessere Existenzbedingungen vor!
Denn nur wenn wir kämpfen, werden wir siegen!

Roter Betriebsrat bei Blohm & Voß

Absolute Mehrheit der Opposition auf der größten Hamburger Werft

Hamburg, 4. April. Gestern fanden die Betriebsratswahlen bei Blohm & Voß statt, die der Opposition einen gewaltigen Sieg brachten. Im Vorjahre waren der Arbeiterrot und der Betriebsrat vollständig von den Sozialdemokraten besetzt, es war kein einziger Oppositioneller Arbeiterratmitglied. Dieses Jahr trat die Opposition mit einer eigenen Liste auf und erhielt die absolute Mehrheit aller Stimmen. Von den 637 abgegebenen Stimmen erhielten:

Liste 2 (Opposition) 3448 Stimmen,
Liste 3 (Reformisten) 2511 Stimmen,
Liste 1 (Christen) 290 Stimmen.

Die Sitze im Arbeiterrot werden wie folgt verteilt: Opposition 14, Reformisten 10, Christen 1.

Die katastrophale Niederlage der Sozialdemokraten auf der größten Hamburger Werft hat in Hamburg einen großen Eindruck gemacht. Die Reformisten versuchen die Niederlage damit zu erklären, daß die Unorganisierten für die Kommunisten gekämpft haben. Tatsache ist, daß die Opposition die Mehrheit unter den Unorganisierten wie auch unter den Organisierten hat. Auch in den bestorganisierten Branchen hat die Opposition die Mehrheit erringt:

	Opposition	Reformisten
Schiffbauer	617	248
Mieter, Bohrer und Stenmer	472	87
Maschinenfabrik II	255	228
Kupferschmiede II	111	49
Walerz I	135	53
Dock- und Zimmerleute	125	97

Die Belegschaft von Blohm & Voß hat durch diese Wahl die Antwort auf den reformistischen Verrat bei dem Werftarbeiterstreik gegeben.

Die oppositionellen Erfolge bei den Betriebsratswahlen sind von weittragender politischer Bedeutung. Sie bestätigen die Richtigkeit der Politik der kommunistischen Partei Deutschlands und der Belegschaft des 4. KÖJ-Kongresses und des 6. Weltkongresses. Auch die bürgerliche Presse erkennt die Bedeutung der oppositionellen Betriebsratswahlen an und beschäftigt sich damit. So schreibt z. B. die "Bergwerkszeitung":

"Mit Triumphgeheul verkündeten die Kommunisten ihre Erfolge bei den Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet. Sie haben Anspruch auf ihr Hochbringen und der Zuneigung ihrer Wähler zu freuen. Die Phantasie jubelt ihnen bereits ihren roten Siegesmarsch gegen die zitternde Bourgeoisie vor die Augen."

Jamahl, das revolutionäre Proletariat weiß, daß jeder Schritt vorwärts ein Teil des roten Siegesmarsches gegen die zitternde Bourgeoisie ist."

Die Bürokraten der Eisenbahnerverbände verhandeln immer noch

Berlin, 4. April. Die Belagerung der Reichsbahn, den Eisenbahnarbeitern eine Lohnsenkung zu gewähren, hat die Spitzenverbände veranlaßt, am Donnerstag unter Führung des Reichsbundes des Eisenbahnerverbandes, Schiefel, mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der durch Georg Meißner vertreten sein wird, zu der Lohnsenkung Sitzung zu nehmen. Nach diesen Besprechungen sollen die drei Eisenbahnerverbände am Freitag erneut zusammentreten, um weitere Maßnahmen zu beschließen.

Es ist anzunehmen, daß die Reichsbahn nur unter größtem Druck bereit sein wird, eine Lohnsenkung zu gewähren. Statt eines Streiks der Eisenbahner vorzubereiten und damit die Reichsbahn vor eine entscheidende Situation zu stellen, versuchen die reformistischen Gewerkschaftsführer noch immer, auf dem Verhandlungswege wenigstens einige Konzessionen von der Reichsbahn zu erhalten, um damit die Eisenbahner-Lohnbewegung abzumildern. Das müssen die Eisenbahner klar erkennen. Sie dürfen sich keineswegs auf die Beschlüsse der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie verlassen, sondern müssen in den Betrieben den Streik vorbereiten und aus-

lösen, um so nicht nur die Reichsbahn, sondern auch die Bürokratie vor die Entscheidung zu stellen. (Siehe auch Artikel auf der 1. Beilage.)

Sozialistenverhaftungen in Litauen

Die Polizei in Romno hat gestern Abend fast alle führenden Mitglieder der litauischen sozialdemokratischen Partei verhaftet.

Es soll sich nach den Angaben der Polizei um eine geheime Versammlung in den Nebentäumen des sozialdemokratischen Hauses handeln. Die Polizei umstellte deshalb das Zeitungsgebäude und verhaftete etwa 100 Personen.

Gleichzeitig fand eine polizeiliche Durchsuchung in den Räumen des Zentralkomitees der christlichen Demokraten statt, wobei ebenfalls einige führende Mitglieder verhaftet wurden und die Beschlagnahme einiger Protokolle erfolgte.

Die kommunistische Partei in Litauen ist bekanntlich schon seit langen Jahren illegal und wird in der weitestgehenden Weise von der litauischen Polizei verfolgt. Die Verhaftung sozialdemokratischer Führer könnte den Anschein erwecken, als führten sie eine wirkliche Opposition gegen das faschistische System in Litauen. Das ist aber

Der Verbandstag der Zimmerer zusammengeschieben

Gauleiter Schmidt-Breslau wählt die Verbandtagsdelegierten selbst

Daß die normdriftsüchtige revolutionäre Gewerkschaftsopposition den kapitalistenfreundlichen Vönsen der reformistischen Verbände längst schlaflose Nächte bereitet, ist bekannt. Daß die Bürokraten schieben, wo sie nur schieben können, um die wahre Meinung der Mitglieder torzuschweigen, ist nicht minder bekannt. Neuartig im Kampf der Reformisten gegen die revolutionäre Opposition ist aber, wenn man

bei 70 wählenden Mitgliedern 221 Stimmen zusammenrechnen kann. Diese Revolution in der Arithmetik, die selbst den Grundsatz $2 \times 2 = 4$ auf den Kopf stellt, hat der sonst wahrlich nicht revolutionäre Schmidt, seines Reichens Gauleiter im Zimmererverband, durchgeführt. Bei der Wahl für den Verbandstag fanden sich im Wahlbezirk Dillau, Reiskwitz, Bries, Strehlen zwei Kandidaten gegenüber. Und zwar: ein Oppositioneller und ein der Verbandsbürokratie treu Ergebener. Bei der Abstimmung wurden für den oppositionellen Kollegen 110 Stimmen, und, nach den Angaben des Gauleiters Schmidt, für den Reformistentreuen 221 Stimmen abgegeben. Die Zimmererkollegen griffen sich an den Kopf und fragten nach der Möglichkeit des Fortkommens der 221 Stimmen. Die Abstimmungen wurden in Mitgliederversammlungen der einzelnen Wahlstellen vorgenommen. In den Versammlungen der Wahlstellen Bries und Strehlen, in der der Reformistentreue angeblich mit 221 Stimmen gewählt wurde, waren nach genauen Feststellungen nur siebzug Kollegen anwesend: Und zwar: 63 in Bries und 7 in Strehlen. Würde es sich nicht um eine der bodenlosen Gemeinheiten der reformistischen Bürokraten zur Abdrückung der revolutionären Opposition handeln, könnte man aus der Tatsache, daß 70 Kollegen 221 zur Welt brachten, den Wis machen: Schmidt war besoffen und hat seine 70 Getrennen dreimal gesehen. Dem ist aber nicht so. Es liegt hier eine ganz offene Schiebung des Gauleiters Schmidt vor, den oppositionellen Kollegen, der tatsächlich gewählt war, das Mandat zum Verbandstag zu nehmen. Die Opposition hat die Wahl aus den oben angegebenen Ursachen angefochten. Die Bürokratie schweigt und schickt ihren Getrennen insofern als rechtmäßigen Delegierten zum außerordentlichen Verbandstag nach Magdeburg. So wie hier wird man im ganzen Reich den

Verbandstag zusammengeschieben

haben. Dieses zusammengeschiebene Gremium muß dann den Getrennen an der revolutionären Opposition vollziehen. Diesen grandiosen

Verheerung der Fall. Die wirklichen Ursachen dieser Verhaftungen dürften auf innerparteilichem Gebiet zu suchen sein und in dem Bestreben, die sozialistische Führung noch mehr als bisher einzuschränken und zu weitergehenden Konzessionen zu bewegen.

Vom Tage

"Paris Mibi" hält es für wahrscheinlich, daß die auf Donnerstag nachmittags anberaumte Sitzung der Sachverständigen wegen der Erbauerfehler für den amerikanischen Votischer Herrick nicht stattfinden wird.

Wie amtlich aus Nanking gemeldet wird, wurde am Dienstag das Abkommen zwischen der Nanking-Regierung und Japan über die Uebergabe von Kinansu, der Hauptstadt der Schantung-Provinz, an die Nanking-Truppen unterzeichnet. Die Uebergabe der Stadt wird am 14. Mai erfolgen. Die japanische Regierung verpflichtet sich ferner, am 20. Mai auch Tsingtau zu räumen.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Schöneberg begann am Mittwochvormittag unter außerordentlich starkem Andrang die Verhandlung gegen den Farmer Langloop und den mitangellageten Kaufmann Loof.

Obgleich noch keinerlei amtliche Meldungen vorliegen, verläutet doch aus politischen Kreisen, daß der Rücktritt des polnischen Gesamtkabinetts Bartels beschlossene Sache sei. Um 17 Uhr fand ein kurzer Kabinettsrat statt, an dem Ministerpräsident Bartels jedoch nicht teilnahm.

Betrug an den Mitgliedern des Verbandes nennt dann die Bürokratie "Gewerkschaftsdemokratie".

Kollegen im Zimmererverbande, an diesem Beispiel seht ihr, wie die reformistischen Bürokraten die elementarsten Rechte der Mitglieder des Verbandes mit Füßen treten. Wehrt euch gegen diesen offenen Spaltungsakt. Schließt euch um so fester um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Nieder mit den Spaltrern! Es lebe die revolutionäre Einheit der Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes.

Der Grafenmörder soll "Jagdchein" bekommen

Man will ihn als „ne-tis rari“ der Bekrafung entziehen

In der Jannowiger Mordaffäre wird, nachdem alle anderen Verurteilung zur Entlassung des gräßlichen Vatermörders gestattet sind, ein neues Mandat unternommen, um den Mörder einer Befrafung zu entziehen. In der am zweiten Osterfesttag vorgenommenen Beratung soll Christian Stobberg "mykische Anfälle" bekommen haben. Er soll sich laut mit seinem ermordeten Vater unterhalten und zum Schluß erklärt haben: "Mein Vater hat mir verzeihen."

Diese Tendenz wird selbstverständlich sofort begeistert von der bürgerlichen Presse aufgenommen. So schreibt z. B. das "Tempo":

„Ist Graf Christian gesteskrank? Vielleicht wird die Leugnung von Jannowitz im Jrenhanse ihr Ende finden.“

In ähnlicher Weise äußert sich die ganze bürgerliche Abendpresse. Der Grafenmörder soll, da der Mord nunmehr einwandfrei festgestellt ist, durch den § 51, d. h. durch geistige Unzurechnungsfähigkeit, geschützt, vor dem Zuchthaus gerettet werden. Er soll für einen fast überlegten Mord sogar zur Erholung in einem feudalen Sanatorium untergebracht werden.

(Rom an — siehe letzte Seite!)

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Arthur Dombrowski, für "Bericht und Kritik": Wilhelm Schmalz, für "Breslau": "Gehilf" und die übrigen Beilagen: Arthur Dombrowski, händlich in Breslau. — Für den obereschleffischen Teil: Georg Paris in Hindenburg. — Für "Luzern": H. Gebes-Breslau.

Die sozialdemokratischen Geschäftemacher fühlen sich gestört

von Willi Münzenberg

In den verschiedenen Blättern der Brandler-Fraktion sind seit Wochen umherschweifende Berichte und Artikel mit einer Hege gegen die J.M.S. -Leitung und gegen den sogenannten J.M.S.-Konzern publiziert worden. Die Redaktionen waren früher nie dagegen, daß die J.M.S. nach den Grundsätzen und Methoden geleitet wird, nach denen sie heute noch geleitet wird. Sie waren nie dagegen, daß die J.M.S. verschiedene wirtschaftliche Unternehmungen schafft, sondern haben im Gegenteil wiederholt auf Konferenzen und Kongressen diese Arbeit als eine vorbildliche bezeichnet. Die Redaktionen sind nicht gegen den „Konzern“ schlechthin, sondern sie sind heute dagegen, weil sie nicht über den „Konzern“ verfügen. Die Hege gegen die Leitung der J.M.S. und den sogenannten Konzern mit dem Schlagwort „Vom roten Stimm“ hat ihren Zweck erreicht. Sie geben der sozialdemokratischen Presse die Möglichkeit, die seit Jahren gegen die J.M.S. geführte Verleumdungskampagne um eine neue, besondere Note zu bereichern. Der frühere U.S.P.-Mann Eugen Prager hat mit großer Phantasie und mit wenig Rücksicht auf die Tatsachen einen Artikel über den sogenannten J.M.S.-Konzern für den sozialdemokratischen Pressedienst fabriziert (den die schließliche S.P.D.-Presse, daran die „Volksmacht“ abdruckt). Der Artikel wurde nach dem Rezept gemacht: Man nehme einige Gerüchte, einige Unwahrheiten, einige Verleumdungen und mische das alles würzig mit sozialdemokratischer Demagogie und serviere das in einer neuen pathetischen Schale. Es ist geradezu überraschend, was nach der Tabelle und Aufstellung von Prager alles von der Leitung der J.M.S. in wenigen Jahren geschaffen worden sein soll. Wenn das möglich wäre, so müßten die Gründer dieser Unternehmungen wirklich Jauerlehrlinge sein. Leider trifft diese Aufstellung und diese Aufzählung der Unternehmungen der J.M.S. nicht zu. Dort sind zu Unrecht der J.M.S. verschiedene Organisationen und Unternehmungen als ihre Schöpfungen zugewiesen worden. Wir müssen leider bedauern, daß die Kraft der J.M.S. für all diese Arbeiten nicht gereicht hätte, und daß andere Organisationen, andere Gruppen und andere Menschen, getrennt von der Internationalen Arbeiterhilfe, manche dieser Kongresse, Organisationen und Unternehmungen organisierten. Aus der Fülle der sächlichen Hinweise der J.M.S. angeführten Kongresse, Organisationen und Unternehmungen seien nur folgende erwähnt, mit denen die J.M.S. nie etwas zu tun gehabt hat und nichts zu tun hat. An dem Kongreß der Weltkongresse war die J.M.S. nicht beteiligt. Dasselbe trifft zu für die Russland-Delegationen, den Bund proletarischer revolutionärer Schriftsteller, die Assoziation revolutionärer bildender Künstler, die Freunde des neuen Russlands, was sicher deren Mitglieder Paul Löhe, Hülferding und andere Führer der S.P.D. dem übereifrigen Herrn Prager bestätigen werden. Denn daß auch

Paul Löhe zum „Münzenberg-Konzern“ gehört,

glaubt doch selbst Stomper nicht. Die Aufzählung der Kongresse und Organisationen und ihre Zurechnung zum „J.M.S.-Konzern“ ist so plump und so einseitig, daß sogar die

Note Löhe zu einer Gründung und zu einer Abteilung der J.M.S.

bestimmt wird. Alle politischen Kreise Deutschlands wissen genau, daß beide Organisationen völlig getrennt mit zwei völlig verschiedenen Führungen sich entwickelten. Und es waren gerade die sozialdemokratischen Zeitungen, die wiederholt auf Differenzen zwischen der A.H. und der J.M.S. hinwiesen, und das als ein Symptom der baldigen Zerfurchung der kommunistischen Bewegung bezeichneten. Heute paßt es aber der sozialdemokratischen Presse besser in den Kram, das Gegenteil zu behaupten und zu erklären, die A.H. sei eine Schöpfung der J.M.S. Sie spekuliert dabei auf die Vergesslichkeit der Leser der sozialdemokratischen Zeitungen. In einer gewissen Geseßlichkeit, die sicher durch das Osterfest angeregt wurde, hat Herr Prager der J.M.S. freundlichst empfohlen weiter eine ganze Anzahl wirtschaftlicher Unternehmungen zu gründen, die ihr nicht gehören. Um auch hier aus der Fülle nur einige zu nennen: Niemals haben wir etwas zu tun gehabt und niemals hat die „Internationale proletarische Arbeiterzeitung“ der J.M.S. gehört. Einzelne Unternehmungen zählt Herr Eugen Prager gleich doppelt auf: „Neuer Deutscher Verlag“ und „Arbeiter-Ilustrierte-Zeitung“, das ist aber beides eins: der Neue Deutsche Verlag gibt eben die „Arbeiter-Ilustrierte-Zeitung“ heraus. Dasselbe Jauerlunftsstückchen macht er mit dem Kosmos-Verlag und der „Welt am Abend“. Die „Welt am Abend“ erscheint im Kosmos-Verlag, und so weiter, froh und heiter ergänzt Prager den „Konzern“. Ebenjowenig hat die J.M.S. irgend etwas zu tun gehabt und zu tun mit der „Garantie- und Kreditbank für den Osten“. Natürlich gehört diese Bank der J.M.S. nicht, noch ist sie hieran beteiligt, noch besteht irgendeine Beziehung zwischen dieser Bank und der J.M.S.

Wenn man den Artikel dieses phantasiereichen Herrn Prager liest, so wird man das Gefühl nicht los, daß Herr Eugen Prager versucht hat, die Verhältnisse der Sozialdemokratischen Partei auf die J.M.S. zu übertragen. Die Sozialdemokratische Partei freilich verfügt wirklich über eine Bank, über die Arbeiterbank, Berlin, und zahlreiche Unternehmungen und Kongresse. Und diese Arbeiterbank ist wirklich an einem Konzern kommerzieller Unternehmungen beteiligt, und zwar einem Konzern, der sehr eifrig bemüht ist, die proletarische Kontrolle zu vermeiden. Diese Angst vor der proletarischen Kontrolle der Arbeiterbank ist so groß, daß vor einiger Zeit einige Geschäftsführer auf die Straße flogen, nur weil sie in dem Verdacht standen, daß sie etwas Umler eingestellt seien, als der sozialdemokratische Parteivorstand. Diese sozialdemokratische Arbeiterbank in Berlin ist tatsächlich bei einer ganzen Reihe von Geschäften beteiligt, wie einer Fahrradfabrik usw., worüber sehr interessante Details noch nachzutragen sind. Die Sozialdemokratische Partei, der angehörend Herr Prager die Ehre hat, hat nie abgelehnt, wirtschaftliche Unternehmungen aufzubauen. Sie ist sehr stolz auf ihre genossenschaftlichen Unternehmungen, die eigene Betriebe, Handelshäuser und tausende Filialen in Deutschland unterhält. Und je größer und zahlreicher diese Betriebe werden, um so größer ist der Vorbeerkranz, den der sozialdemokratische Parteivorstand den Leitern dieser Konzerne bei den jährlichen Genossenschaftstagungen überreicht.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich in den letzten Jahren die größte Mühe gegeben, einen Konzern von Verlagen und Unternehmungen aufzubauen. Erst vor einigen Wochen hat der „Vorwärts“ anlässlich des „Tages des Buches“ berichtet über die Entwicklung der Parteiverlage, Dietz-Verlag usw., der sozialdemokratischen Buchgemeinschaften, „Blühergilde Gutenberg“ und „Der Buchertrisch“.

Wenn die Sozialdemokratische Partei Verlagsunternehmungen organisiert, so schafft sie ein Stück „Kulturarbeit“, während die J.M.S. wenn sie eine Anzahl Bücher herausgibt, nach Herrn Prager „einen Handel mit geistiger Ware“ betreibt.

Wir nehmen gern die Diskussion mit der S.P.D. über die Kulturarbeit der einzelnen Verlage der Sozialdemokratischen Partei und der J.M.S. auf, denn wir glauben immer noch, daß es für die deutsche Arbeiterklasse eine größere Kulturtat bedeutet, wenn man Bücher von Larissa Reikner, Fedin, Warbasse veröffentlicht, als die Neuherausgabe der christlichen Bibel, die bekanntlich von einer der S.P.D.-nahestehenden Gruppe neu aufgelegt wurde, oder aber die „Morgenpost“ als sozialdemokratisches Sonntagsblatt auszubauen sucht. Die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Arbeiterbank haben versucht, eine deutsche Filmfabrik ins Leben zu rufen, die aber wegen Unfähigkeit der Leitung eine furchtbarliche Pleite gemacht hat. — Bis heute fehlt immer noch die Veröffentlichung ihrer Geschäftsbilanz. Vielleicht ist Herr Prager so freundlich, diese einmal zu veröffentlichen, um dem deutschen Arbeiter zu verraten, wieviel Hunderttausende von Arbeitergroßen und Marx

durch die unfähige Leitung verpulvert wurden. Es ist wahr, daß die sozialdemokratische Arbeiterbank wenig stolz auf ihre pleitegegangene Filmfabrik sein kann, aber die J.M.S. ist sehr stolz, der internationalen Arbeiterklasse und auch der deutschen Arbeiterklasse Filme vermittelt zu haben, wie „Die Mutter“, „Das Ende von St. Petersburg“, „Potemkin“, „Sturm über Asien“ und andere, die in der Filmfabrik der J.M.S. hergestellt und von Ihren Büros der deutschen Arbeiterklasse zugänglich gemacht worden sind.

Herr Eugen Prager befürchtet, daß eine Ausbreitung der J.M.S. und ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu Korruption führen könnte. Herr Prager zeigt sich hier übermäßig. Wir raten ihm dringend, einmal die Praktiken der Arbeiterbank, die Verschlingung von Grundstücken an Ausschikants, wie Herr Lejpari, von diesem Standpunkt aus zu untersuchen, und er wird finden, daß dort schon Tatsache geworden ist, was er für die J.M.S. befürchtet.

Das als erste knappe Antwort auf den verlogenen Bericht des Herrn Eugen Prager und seine bunten Phantasieen. Wir behalten uns jedoch vor, noch ausführlich und detailliert auf die positiven Leistungen der J.M.S. und die einzelnen seitlichen Geschäfte der S.P.D.-Unternehmungen und der S.P.D.-Kongresse zurückzukommen.

Wir begreifen, daß die sozialdemokratischen Geschäftemacher, deren Geschäfte sie in der Nähe von Ulstein und anderen bürgerlichen Kongressen geführt haben, ungern die Entwicklung der J.M.S. sehen und darin eine Gefährdung ihres Monopols der Massenbeeinflussung erblicken. Das wird ihnen wenig helfen. Die J.M.S. markiert, und getragen von der Sympathie und Liebe vieler Millionen Arbeiter wird sie trotz der Verleumdungskampagne der S.P.D. und ihrer neuen Freunde, den Brandler-Leuten, den Ausbau ihrer Organisation fortsetzen.

Eisenbahner, laßt keine weiteren Verschleppungen eurer Lohnforderungen zu

Der Hauptvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat sich in eine für ihn sehr able Lage hineingemantvert. Das veranlaßt ihn, nachdem er am Ende seines Valeins angelangt ist, den Beirat des Verbandes zusammenzurufen. Diese auf dem Frankfurter Verbandstag nach dem Willen der Bürokratie „gewählte“ Körperschaft soll nun die erbärmliche Politik der „praktischen“ Gewerkschaftsführer gutheißen. Und er wird es tun, denn nach den bisher gemachten Erfahrungen besteht kein Zweifel darüber, daß er die Haltung des Hauptvorstandes billigst. Ist es doch derselbe Beirat, der, wenn sich schon einmal ein Teil seiner Mitglieder auf Grund der Stimmung der Eisenbahner für ein schärferes Vorgehen gegen die Reichsbahnhauptverwaltung ausspricht, wieder auf den Rücken fällt, wenn Franz Scheffel, falls seine Politik nicht gebilligt wird, damit operiert, daß er nicht mit zu den Verhandlungen gehen wolle, oder wie das im vorigen Jahre der Fall war, daß dieser Verbandsvorsitzende sogar mit seiner Demission auf einer Beiratsitzung drohte. Gedachtet hätte das den Eisenbahnern gar nichts. Was dieser Beirat also beschließen wird, dürfte nicht allzu viel sein. Es sei denn, daß er angesichts der bevorstehenden Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn eine radikale Geste macht, denn er weiß, was bei dieser Wahl auf dem Spiele steht.

Es ist bezeichnend, daß der Hauptvorstand durch seine Lohnpolitik so arg in die Klemme geraten ist, daß er ob seines Verhaltens selbst von den Christen scharf angegriffen werden kann. Die revolutionäre Opposition ist davon überzeugt, daß sie beide, Reformisten und Christen, die Schuld an den Gläubigungsverhältnissen des Reichsbahnpersonals tragen. Auf sie trifft in diesem Falle das Wort Heines zu,

daß der Rabbi und der Mönch, daß sie alle beide hintern!

Welch verhängnisvolles Spiel die Gewerkschaftsbürokratie mit den Interessen der Eisenbahner treibt, geht auch aus einem Rundschreiben der Eisenbahner der GdE. hervor. Bekanntlich wehren sich die Eisenbahner in ihrer großen Mehrheit gegen eine noch weitere Zersplitterung, die durch die sogenannte Dienstalterzulage herbeigeführt werden sollte. Daß Beschlüsse des Einheitsverbandes gegen diese sehr gefährliche „Zulage“ vorliegen, wissen die Mitglieder. Es sind dies Beschlüsse, denen auch die Bürokratie zugestimmt hat. Was führt nun das Hauptvorstandsmitglied Apitich zu dieser Zulage anlässlich der gemeinsamen Beratungen der Tarifgemeinschaften aus? In dem erwähnten Rundschreiben der GdE. werden die Ausführungen von ihm folgendermaßen wiedergegeben:

„Er (Apitich) führte weiter aus, daß auch der Einheitsverband sich nicht grundsätzlich gegen die Einführung der Dienstalterzulage wende, wenn sie so eingeführt würde, wie sie bei der Reichspost bestche. Es ließe sich erwägen, ob man, wenn die Lohnverhandlungen mit der Reichsbahnhauptverwaltung nicht zu Ende zu bringen seien, einen diesbezüglichen Vorschlag beim Schlichter anbringen könne, falls das Angebot einer Lohnerhöhung seitens des Schlichters nicht voll betriebige.“

So werden die Beschlüsse der Mitglieder in einer so wichtigen Frage beachtet. Der große Einheitsverband macht immer größere Konzessionen an die Vertreter der GdE. Aber weiter! Drefsel, der Bezirksleiter der GdE. von Berlin sagte in der letzten Belegschaftsversammlung des Reichsbahnausschusses, daß der Hauptvorstand des Schlichters nicht anrufen werde, und Apitich Herr Drefsel, Sie haben das Wort!

Nach dem Beschluß des Hauptvorstandes zur Lohnbewegung werden die Mitglieder aufgefordert, Disziplin zu haben. Sie sollen keine Anweisungen von sogenannten Kampfleitungen oder anderen radikalen Stellen befolgen. Diese warnende Stimme Scheffels ist der beste Beweis für die Richtigkeit der von der Opposition herausgegebenen Parolen. Auf Grund des vollständigen Verzagens der Bürokratie, was die Opposition schon bei Beginn der Bewegung vorausgesehen hat, ist es nun erst recht Pflicht aller Eisenbahner, überall eigene Kampforgane zu bilden, denn nur so ist der aktive Widerstand gegen Dormmüller zu organisieren.

Eisenbahner, laßt euch nicht beirren durch die Drohungen des Hauptvorstandes, er verfolgt damit nur den Zweck, seinen Berrat noch zu vervollständigen. Nehmt den Kampf auf gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, kämpft in geschlossener Front für die Verwirklichung eurer Forderungen, nämlich:

- Für eine generelle Lohnerhöhung um 15 % pro Stunde.
- Für die Verringerung der Lohngruppen von acht auf drei.
- Für die Beseitigung der Dienstalterzulagen.

Gegen die lange Laufdauer der Tarife! Laßt nicht zu, daß der Schlichter einen Schnäppspruch fällt, der euch nicht noch vergrößert. Gebt den Bürokraten des Einheitsverbandes, der GdE. und des A.C.B. auch bei den kommenden Betriebsratswahlen die verdiente Antwort auf den permanenten Berrat, indem ihr rote Betriebsräte wählt. Jede Stimme gehört der Liste „Revolutionäre Opposition“ (Einheitsliste der Eisenbahner).

Arbeitsreport

14. April Waldbaus der Sportvereinnigung Nordost.

Streckeneinteilung: Schüler 10-12 Jahre 600 Meter, 12-14 Jahre 600 Meter, Jugend 14-16 Jahre 1500 Meter, 16-18 Jahre 3000 Meter; Sportlerinnen 14-18 Jahre 600 Meter, über 18 Jahre 600 Meter; Männer Anfänger 3000 Meter; Fortgeschrittene 5000 Meter. Die Räufe sind offen für alle Arbeiterportler und müssen Meldungen bis 9. April an Sportgenossen R. Picholt, Matthiasstraße 171, gerichtet sein. Auskleideraum und Startnummernausgabe um 8 Uhr bei Hofmann in Ostwig; Start um 9 Uhr.

Arbeiter-Club- und Kraftfahrer-Bund, „Solidarität“. Achtung, Motorradfahrer! Am 7. April, 9 Uhr, findet auf dem Pank-Sportplatz, Striegauer Chaussee, die Bezirksmeisterschaft im Geschicklichkeitsfahren statt. Jeder Motorradfahrer des Bezirks ist verpflichtet, an der Veranstaltung teilzunehmen. Bundeswimpel nicht vergessen. Kontrollen haben um 8 Uhr zu erscheinen. Gäste willkommen. Eintritt frei.

Arbeiter-Club- und Kraftfahrer-Berein „Breslau“. Die Abteilungsabende im Monat April sind folgende: 1. Abteilung: Dienstag, den 16. April, bei Eichs, Klosterstraße 125; 2. Abteilung: Freitag, 12. und 26. April, bei Klante, Hochstraße 7; 3. Abteilung: Freitag, 5. und 19. April, bei Zepmuel, Alfenstraße 12; 4. Abteilung: Montag, 8. und 22. April, bei Wejorek, Barischstraße 6; 5. Abteilung: Dienstag, 9. und 23. April, bei Klaf, Uferstraße 28; 6. Abteilung: Dienstag, den 16. April, bei Kirich, Steinstraße 155; 7. Abteilung: Dienstag, den 16. April, bei Hoffmann, Schönstraße 21; 8. Abteilung: Donnerstag, 11. und 25. April, bei Stammel, Neuborstraße 99; 9. Abteilung: Freitag, 12. und 26. April, bei Matiaschek, Frankfurter Straße 187; 10. Abteilung: Freitag, 12. und 26. April,

bei Wittle, Zimpeler Weg. Jugendabteilung: Donnerstag, 4. und 18. April, in der Schule, Taschenstraße 20/31, „Konnenshof“. Motorsportabteilung: Donnerstag, 18. April, bei Böhm, Jahnstraße 42.

Spielvereinnigung 1921. Freitag, den 5. April, 20 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung in der „Echholung“, Eisenpartstraße.

Arbeiter-Sportklub Breslau e. V. Die nächste Kartellversammlung findet am Mittwoch, dem 10. April, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus (Zimmer an der Tafel) statt. Tagesordnung: 1. Mitteilungen; 2. Unsere Berichterstattung (Mejerent Rosler); 3. „Kamp“; 4. Bericht über den Vorstand. Die Vorstandssitzung findet am Dienstag, dem 9. April, 20 Uhr im Kartellbüro statt.

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Kreis. Die für den Sonntag, den 7. April, vorgesehene Kampfrichterprüfung in Dittersbach muß auf den 14. April verlegt werden, da Kreisportwart Wende an einer Gruppensportwarteskung in Berlin teilnehmen muß.

Schwerathletik. Im Rahmen des Soallsportfestes der Sportvereinnigung „Nordost 08“ im Lunapark konnte im Mannschaftskampfen der Arbeiter-Athleten-Berein Breslau noch schönen Kampfen gegen die mit Erfolg antretende Sportvereinnigung „Nordost“ ein 7 : 7-Resultat erzielen.

Freie Sportvereinnigung „1897“. Am Sonnabend, dem 6. April, 19 Uhr außerordentliche Jugendversammlung bei Klante, Hochstraße 7. — Um 20 Uhr im gleichen Lokal Monatsversammlung der Abteilung Brunnentstraße und Eosenstrasse.

In Jobten kann der SPD-Referent sein Schluswort halten

Am Sonntag vor acht Tagen war vom sozialdemokratischen Unterbezirksreferent Hianke Schmelz...

Als Hianke das Schluswort ergreifen wollte, wurde er daran verhindert, da die Mehrzahl der Anwesenden durch die dauernden Schwindelen der SPD...

Sagen

Anfrage an das Landesarbeitsamt Breslau
Der Saganer Erwerbslosenausschuss hat schon mehrere Nachzahlungen an Unterstützungsbeträgen herausgeholt...

Grünberg

Stadtverordnetenversammlung
Nach längerem Winter Schlaf wurde am 26. März wieder einmal gelagt...

SPD-Magistratsmitglieder in Hinderburg gegen den ADGB-Entwurf

Der letzten Magistratsitzung vor Ostern lagen drei Anträge auf Gewährung einer Wirtschaftshilfe vor...

Statt „geistige Waffen“ - Polizei

Die Erwerbslosen von Neustadt wollen von den Reformisten nichts wissen

Nachdem bereits einige vom hiesigen Erwerbslosenausschuss einberufene Erwerbslosenversammlungen stattgefunden haben...

Stadt dafür einsehen solle, daß bei der Gartenbauschule nicht Selangene, sondern Erwerbslose beschäftigt werden sollen...

Aus dem Riesengebirge

Petersdorf (Hgh.). Am Mittwoch, 27. März, fand in Petersdorf eine Gemeindevertreterversammlung statt...

Schömberg

Dem Magistrat zur Erinnerung!
Durch den hiesigen Erwerbslosenausschuss wurde dem Magistrat am 16. März ein Schreiben mit den Forderungen der Erwerbslosen...

„Kraften!“ Auch trat er dafür ein, daß jeder den Gewerkschaften beitreten soll...

Als zweiter schloß Herr Vei mel die SPD-Methoden im kommunalen Maßstabe...

Als Welk das Schluswort ergreifen wollte, verließen die Erwerbslosen demonstrativ den Saal...

Erwerbslose! Nicht mit Phrasen ist euch geholfen! Tretet ein in die SPD...

Kartoffeln vor dem Erfrieren zu schützen. Der größte Teil dieser Gemeindefartoffeln ist nun erfroren...

Patschkau

Erwerbslosendemonstration
A. A. Anschließend an die am Mittwoch voriger Woche abgehaltene Versammlung der Arbeitslosen...

Zu erwähnen ist noch, daß die sozialdemokratische Fraktion die Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung zu verhindern wußte...

Die Arbeitslosen würden gut tun, sich auf die Beförderung des Bürgermeisters allein nicht zu verlassen...

Neustadt

Osterbeihilfe und Zentrumsmagistrat
Der Antrag des Erwerbslosenausschusses, unterstützt von der SPD, auf Gewährung einer Osterbeihilfe...

Fragekasten

1. Reisegeld für Arbeitslose, die außerhalb des Ortes aufgenommen sind. Der in Frage kommende § 132 lautet...

2. Rürung der Unterstützung in der Sonderfürsorge. In den vorliegenden Fällen handelt es sich jedenfalls um die Bedürftigkeitsprüfung...

Als dem Wortlaut des Paragraphen geht hervor, daß zwar der Vorsitzende des Arbeitsamtes die Reiseloften zahlen kann...

Welcher Erwerbslose hat noch nicht die „Arbeiter-Zeitung“ abonniert? Jeder hole es sofort nach und bestelle das Blatt der Massenbewußten Arbeiterschaft!

Miedowitz

Rechtsanwaltskanzlei
Die SPD hat in unserem Orte eine kostenfreie Rechtsberatungskanzlei geschaffen...

Stahlhelm und Gummihübel

Zu der im politischen Teil unseres Blattes bereits gemeldeten Stahlhelmproklamation wird uns noch folgendes mitgeteilt: Die Stahlhelmer zogen von drei Sammelplätzen aus (Salvatorplatz, Hohenzollernplatz, Blücherplatz) mit zwei Fahnen und einer Kapelle nach ihrem Lokal in der Schlachthofstraße. In ihrem, überaus sehr lärmigen Zug — befanzen sich drei Gruppen in der Uniform der Reichsmarine. Während die Vögelgebet der Roten Marine die Uniform beanstandet und verbietet, ließ sie diesen Zug nicht nur ungehindert passieren, sondern schloß ihn durch ein riesiges Aufgebot.

Bei dem Aufmarsch der Gegendemonstranten eröffnete, wie uns von Augenzeugen mitgeteilt wird, die Polizei eine Jagd auf einzelne Arbeiter. Dabei beteiligte sich besonders kurz hinter der Bahnhörsführung die zweite Bereitschaft. Ein Schupowachmeister stellte einem jugendlichen ein Bein und schlug mit dem Gummihübel auf ihn ein. Ein Genosse Wollweber, der sich als Landtagsabgeordneter legitimieren wollte, Personalien des Betreffenden feststellen wollte, kam es zu dem bereits gemeldeten Vorfall. Es gelang später, festzustellen, daß der Beschuldigte der Schupowachmeister Kronstoft ist. Wir entrüsten uns durchaus nicht moralisch. Wir wissen, daß die Schupo in der kapitalistischen Republik auf Immunität pfeilt, wenn der Gummihübel die Herrschaft angetreten hat. Wir sind immerhin begierig, zu erfahren, wie Herr Kronstoft den Ueberfall auf den jugendlichen Arbeiter, die Mißachtung und Verletzung der Immunität des Genossen Wollweber und seine Attatierung durch die Schupo zu rechtfertigen versuchen wird.

Kurz vor Rebellionsklub erhalten wir Kenntnis davon, daß die Polizei gestern vier Verhaftungen von Arbeitern vorgenommen hat, von denen zwei noch in Haft sind.

Wir protestieren gegen die vollkommen ungerechtfertigte Verhaftung und fordern sofortige Freilassung der Arbeiter.

Die Flucht aus Klettschan

Ueber die abenteuerliche Flucht des wegen Mordverdachts verurteilten schlesischen Studenten Kerschmal wird noch folgendes bekannt: Kerschmal arbeitete in der Fischabteilung des Gefängnisses und verschaffte sich bei dieser Gelegenheit eine starke Handkammer, aus der er mit in Streifen geschlitzten Bettdecken ein 13 Meter langes Seil herstellte. Mit diesem Seil erließ er sich aus dem ersten Stock in den Hof hinauf. Für die Ueberkletterung der Mauer hatte er sich einen Apparat konstruiert, dessen Bestandteile ebenfalls von der Arbeitsstätte stammten. — Passanten haben in der Nacht zu bemerken, daß die Straßflügel der Kerschmal enthielt. — Der wegen Beihilfe an der Flucht verhaftete Kerschmal ist freigesetzt, jede Schuld.

Drei Mordprozesse vor dem Schwurgericht

Am 15. April beginnt vor dem Breslauer Schwurgericht die zweite diesjährige Schwurgerichtstagung unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Winter. Das Gericht wird sich ausschließlich mit Angelegenheiten wegen Verbrechen gegen das Leben zu beschäftigen haben.

Es gelangen zur Aburteilung: 1. der versuchte Mord des früheren Oberpostsekretärs Otto Wornschel an seiner eifährigen Tochter; 2. die Körperverletzung mit Todeserfolg, wegen der der Arbeiter Herbert Weiszig angeklagt ist, der im November vorigen Jahres bei einer Prügelei am Kaiser-Wilhelm-Denkmal den Schneider Marschall tödlich verletz hat; 3. der Mord, den der Landwirt Kleiner aus Cunen und seine Ehefrau an der Mutter bzw. Schwiegermutter verübt haben sollen. Es besteht die Möglichkeit, daß auch noch gegen die Händlerfrau Gieseler von der Weisbergergasse verhandelt wird, die bekanntlich ihre Tochter getötet und dann die Wohnung angezündet hat.

Vom Auto des Oberpräsidenten zu Tode gefahren

Die Pressestelle des Oberpräsidenten teilt mit: Ein schwerer Unglücksfall hat sich in der vergangenen Woche in Oberwiesingisdorf ereignet. Als der Dienstkraftwagen auf der Fahrt nach Neurode in gemäßigter Fahrt Oberwiesingisdorf passierte, ließ an einer unübersichtlichen Stelle der Straße unvermittelt ein fünfjähriges Kind so unglücklich über den Fahrdamm, daß es vom Wagen erfasst und überfahren wurde. Das Kind war sofort tot. Nach übereinstimmenden Aussagen mehrerer Augenzeugen trifft den Wagenführer keinerlei Schuld.

Herstellung von Mietgasanlagen

Die städtischen Rohrnetzbetriebe, Breslau, Lessingplatz 3, stellen auf Antrag für Wohnungen, die keine oder unzureichende Gasanlagen haben, betriebsfähige Gasleitungen sowie Gasapparate auch gegen Teilzahlungen zur Verfügung. Die Anträge sind schriftlich an die städtischen Rohrnetzbetriebe zu stellen unter Benutzung eines Vordrucks, den diese kostenlos abgeben. Mündliche Auskunft erteilt das Betriebsamt für Gasanlagen, Lessingplatz 3, Fernruf 528 91 oder Magistrat 2017.

Drei Brandmeister durch Gas betäubt

Vorgestern gegen 16 Uhr erfolgte ein Feueralarm nach Schlachthofstraße 25. In einem Wirtschaftskeller waren wahrscheinlich infolge einer schadhaften Schornsteinreinigung Kohlen, Kellergestrümpel, ein Sofa und die Kellervorhänge in Brand geraten. Da der Rauch schlechten Abzug hatte, verqualmten die Keller sehr stark, infolgedessen bildeten sich große Mengen Dampfgase. Durch Einatmen dieser giftigen Gase erlitten drei Brandmeister Vergiftungen mittleren Grades. Ein Brandmeister brach im Keller zusammen und mußte herausgeholt werden. Die beiden anderen wurden erst ohnmächtig, nachdem sie den Keller verlassen hatten. Durch Verabfolgung von Sauerstoff und warmer Milch erholten sich die Verunglückten bald wieder, so daß einer von ihnen seinen Dienst wieder verrichten konnte, während die beiden anderen auf Anordnung des Arztes ihre Wohnungen aussuchen mußten. Das Feuer selbst wurde mit einer Schlauchleitung angegriffen und konnte auf zwei Verschläge beschränkt werden. Im ganzen hatte die Feuerwehr über zwei Stunden auf der Brandstelle zu tun.

Holzbearbeitungswerkstatt für erwerbslose Jugendliche

Das städtische Jugendamt unterhält neben anderen Einrichtungen in der Gewerblichen Berufsschule I, Wilmannstraße 4/6, eine Werkstatt für Holzbearbeitung. In dieser Werkstatt können jugendliche Tisler die Zeit ihrer unrentablen Arbeitslosigkeit dazu benutzen, um sich weitere Fertigkeiten im Beruf anzueignen. Anmeldungen nimmt die Gewerbliche Berufsschule I, Wilmannstraße 4/6, entgegen.

Todessturz von der Treppe

Während der Feiertage stürzte der 56jährige Gastwirt Adolf Jakob in seiner Wohnung so unglücklich die Treppe hinunter, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er verstarb. Begräbnis wird befristet.

Ein Arbeiter schreibt uns:

„Eine traurige Tatsache ist die, daß Stadtbehörden mit Hilfe von Unternehmern durch geschickte Anwendung und Umgehung von Bestimmungen, Verfügungen usw., welche dem Erwerbslosen unbekannt sind, sich auf Kosten der Armen, der Erwerbslosen, bereichern.“

Ein Beispiel: Am 24. Oktober vorigen Jahres wurde ich mit ungefähr 25 anderen Arbeitern durch den Vermittlungsbeamten des Arbeitsnachweisesamt nach Weidenhof geschickt, um dort bei der Firma Witt, Tauentzienstraße 51, Notstandsarbeit zu verrichten. Da die Baustelle Weidenhof vom Stadlinnern (Rennede) über 8 1/2 Kilometer entfernt ist, so hätte demnach die Firma August Witt den Vermittelten ohne weiteres laut Reichsgesetz für das Baugewerbe vom 30. März 1927 die Zuschläge, bestehend aus Vergütung der Bahnfahrtkosten und Gewährung einer täglichen Kaufstunde, zahlen müssen. Die Höhe dieser Zuschläge belief sich pro Arbeiter für die Wege auf 7,74 Mark. Diese Zuschläge sind nicht gezahlt worden, da sich die Firma August Witt sowie die städtischen Behörden auf den Beschluß des Tarifamts vom 24. Oktober 1928 berufen. Dieser Beschluß ist von Vertretern des Arbeitgeberverbandes, des Arbeitsnachweisesamts und der Gewerkschaft für das Baugewerbe gezeichnet worden und ist einen Tag vor unserer Vermittlung rechtskräftig geworden, also den Behörden und Beamten des städtischen Arbeitsnachweisesamt bekannt gewesen. Der Vermittelter machte man diesen äußerst wichtigen Beschluß des Tarifamts vom 27. Oktober 1928 nicht bekannt. Man besorgte, daß der Arbeiter sich die Papiere in Weidenhof nicht hätte abnehmen lassen, sondern er wäre mit denselben in das Büro der Firma Witt, Tauentzienstraße 51, gegangen und hätte sich durch die Abgabe der Papiere in Weidenhof Büro die Zuschläge gesichert. Der Beschluß des Tarifamts vom 24. Oktober 1928 besagt nämlich folgendes: Der Abschlußort des Arbeitsvertrages ist der Ort, wo der Arbeiter die Papiere abgibt. Wie ging nun die Vermittlung vor sich. Der Beamte, Herr Ermlich, suchte sich die von der Firma Witt angeforderte Anzahl Arbeiter heraus und teilt denselben mit, daß sie sich am nächsten Morgen auf dem Dominium in Weidenhof mit den Papieren zu melden hätten. Gleichzeitig erklärte Herr Ermlich den vermittelten Arbeitern, daß die Zuschläge (Kaufstunde und Bahnvergütung) nicht mehr gezahlt werden. Da bisher in dieser Entzerrung die Zuschläge immer gezahlt wurden, so läste diese Mitteilung Befremden bei den Vermittelten aus. Nach dem Grunde gefragt, warum die Zuschläge nicht mehr gezahlt werden, antwortete Herr Ermlich, daß derjenige, der die Arbeit wegen Nichtzahlung

der Zuschläge ablehnt, mit Unterstützung der Firma Witt, die sich später herausstellte, hat die Firma Witt dem Vermittlungsbeamten Ermlich mitgeteilt, daß Zuschläge nicht gezahlt werden, da dieselben nicht mit einfließen würden. Diese Mitteilung hat uns Herr Ermlich wohlweislich verschwiegen. Herr Ermlich hätte in dieser Mitteilung eine Schädigung erlitten und uns davon Mitteilung machen müssen, zumal er den Tarif für das Baugewerbe kennt. Am allerwenigsten hätte er uns mit Drohung zwingen dürfen, die Papiere in Weidenhof abzugeben, da er ja nach dem Beschluß des Tarifamts vom 24. Oktober wußte, daß wir durch die Abnahme der Papiere in Weidenhof unserer Zuschläge verlustig gehen. Er hat uns durch die Drohung mit Unterstützung der Firma Witt in der Wahrung unserer Interessen und Rechts gehindert, nach Art 12 Absatz 3 § 30 lauter, daß der Vermittelter berechtigt ist, die ihm zugewiesene Arbeit abzulehnen, wenn eine unzureichende Vergütung festgelegt wird. Bei einer einwandfreien Vermittlung, also bei Bekanntmachung des Beschlusses des Tarifamts vom 24. Oktober wäre uns das nicht passiert, daß wir die Papiere in Weidenhof abgegeben hätten. Und war der Tarif für das Baugewerbe nicht bekannt. Wir haben Herrn Ermlich als Beamten das Vertrauen geschenkt, daß er uns vor Ueberverstellungen schützt. Herr Ermlich hat unser Vertrauen auf das größte Mißtrauen. Er ist anscheinend nach Ansicht der maßgebenden Herren Besser, der Erwerbslosen hat keine Kenntnis, er wird dadurch rechtlos und kann sich dann nicht zur Wehr setzen. Angenommen, die Stadt Breslau beschäftigt 1029 in einer Entfernung über 8 1/2 Kilometer Radius 2000 Notstandsarbeiter bei 150 Tagewerken, so ist das eine Ersparnis von mehreren Hunderttausend Mark. Ob der Arbeiter, der erwerbslos, schon jahrelang ohne Verdienst ist, elf und zwölf Stunden unterwegs ist und um die wöchentlichen Zuschläge von 7,74 Mark kommt, ist diesen Herren egal. Vielleicht will man die vielen Hunderttausende, von gutbezahlten Beamten unterschlagenen Gelder auf diese Art eindringen. Nicht zu verstehen ist das Verhalten der Gewerkschaft, daß sie nicht Sorge trägt, daß diese Bestimmungen und Verfügungen zum Ausgang kommen. Denn sehr viele gewerkschaftlich organisierte Arbeiter werden ebenfalls davon betroffen. Ueber einem korrupten Herrn Meise vom Baugewerksbund, der mit den Arbeitgebern gut Freund ist, liegen die sozialen Interessen seiner Arbeiterkollegen nicht so sehr am Herzen, wie es von einem Gewerkschaftsbeamten zu erwarten wäre. Wir fordern endlich die Bekanntmachung (durch Ausgang) sämtlicher für die Erwerbslosen wichtigen Bestimmungen und Verfügungen und Einstellung der jetzigen Vermittlungsweise, die zur Schädigung der sowieso schon wirtschaftlich zunichten Erwerbslosen führt.“

Achtung, Mitgliederberammlungen der Stadtteile!

- Freitag 20 Uhr. Mitgliederbuch als Ausweis! West. In den „Subertusfäden“, Friedrich-Wilhelm-Strasse. Referent: Genosse Meyer. Nordost. Melzig, Uferstraße. Referent: Genosse Reimann. Süd. Junke, Jobbenstraße 12. Referent: Genosse Dombrowski. Nord. „Stadt Ramslau“, Matthiasstraße 212. Referent: Genosse Wollweber. Ost. „Weslischschlöchen“, Weslischstraße 10. Referent: Genosse Adolfs.

In den kaufmännischen Berufsschulen beginnt das neue Schuljahr mit Unterrichtsanfang am 4. April, früh 7 Uhr. Die Anmeldungen neuer Schüler haben am 4., 5. und 6. April, von 8 bis 12 Uhr, im Geschäftszimmer, Matthiasstraße 5, zu erfolgen. Gelesen. Auf der Kunststraße zwischen Kurus und Hemmighof ein Referat-Autark (Dunlop S. G. Cord 22x8 8. 486 045); ein silbernes Medaillon; eine goldene Damenuhr; zwei Goldketten; zwei leere Aktentaschen; drei Bund Schlüssel; zwei Damenschirme; ein Hundemantel (Draht); ein Kindewagenrad; eine Herren-Armbanduhr; ein goldener Tauring (ges. S. N. 23. 12. 19); eine Brille (Gornlaßung); ein Palet mit Zigaretten; eine blaue Mütze; eine Damenhandtasche; ein goldenes Ketten (Armband); ein Portemonnaie mit Inhalt; eine Aktentasche mit zwei Taschen; eine Portetasche mit einem Dpernglas; ein Palet (Inhalt ein Damenhemd, ein Dameneinleit; eine Unteraille; ein Unterrod, eine Kappe, ein Oberrod, eine Bluse und zwei Stücken Stoff); ein Palet (Inhalt: ein Ziegel, eine Butterdose und eine Milchglaskcheibe).

Zugelassen bei Fischer, Wöpelwitzstraße 88: zwei Schäferhund; ein gelber Hund, ein Ritzhund, ein Schotland-Terrier.

Bermittelt wird seit dem 28. März 1929 die Ehefrau Erna Duda, geb. Kurand, geboren am 18. Mai 1906 zu Rawitsch, hier, Magazinstrasse 1/3 wohnhaft gewesen. Beschreibung: 1,60 Meter groß, schwarzes Kopfsaar, gedämmtes Gesicht, hohe Stirn, graue Augen, kleine Nase, vollständige Zähne. Bekleidung: rote Mäntelchen, modfarbener Mantel, volles gestreifter Pulllover, blauer Rock, weiße Unterwäsche, graue seidene Strümpfe, graue Halbhuhe.

Blagkoncert. Arbeiter des Streifeners Torki Freitag, den 5. April, von 19 bis 20 Uhr, Blagkoncert der Schalmeientruppe des RSV, Abteilung 6, am Jobbenplatz.

Straßensperrung. Wegen Straßen- und Gleisbauarbeiten wird in der Zeit vom 3. April bis 1. Mai die Kaiser-Wilhelm-Straße zwischen dem Straßenbahnhof IV und dem Südpark gesperrt. Der Straßenbahnbetrieb wird in dieser Zeit auf der angegebenden Strecke stillgelegt. Die von der Rosenhaler Brücke und vom Dextordorfbahnhof kommendenzüge fahren nur bis zum Straßenbahnhof IV, Kaiser-Wilhelm-Straße, wo sich die End- und auch die Abfahrtsstelle für die Jahrgänge in Richtung Stadt befindet. Der Omnibusbetrieb nach Klettdorf erleidet durch die Sperrung vorläufig keine Unterbrechung.

Arbeitersport

Nürnberg, wir kommen! Unter diesem Titel veranstaltet die Freie Turnerschaft Breslau einen großartigen Versuch am 6. April im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Ein vielseitiges Programm wird für das große Jahresfest. Ein besonders herausgehobener Film läßt uns die alte, schöne Künstlerstadt auf der Leinwand erleben. Musik, turnerische Vorstellungen, Auschnitte von den Bundesfestspielen wechseln in bunter Reihenfolge und erzielen ihren Abschluß durch ein Sprechwort: „Durch Kampf zum Sieg“. Der Unkostenbeitrag beträgt für Erwachsene 60 Pf., Jugendliche und Kinder erhalten in den einzelnen Abteilungen der Freien Turnerschaft Ausweise zum ermäßigten Preise von 30 Pf. Arbeiter-Athleten-Bund, I. Bezirk, Donnerstag, den 4. April, 19.30 Uhr, Kurkurs für Leichtathletik-Leiter in der Vaterl. Schule. Sämtliche Vereinsleiter müssen anwesend sein. Freie Sportvereinigung 1925 (Oderort). Freitag, den 5. April, 20 Uhr, findet bei Beinlich, Delsnerstraße, unsere Generalversammlung statt. Jedes Mitglied hat zu erscheinen. Unentgeltliches Fernbleiben wird bestraft.

Freie Turnerschaft Breslau. In der Turnhalle D'Neer Straße wird am 4. April die 9. Frauenabteilung ins Leben gerufen. Die Leitung liegt in den Händen des Genossen Hermann Schönfeld, dessen jahrelange Praxis den Aufstieg der neuen Abteilung sichert. Die erste Turnstunde findet 19.30 Uhr statt. Zur Einführung übernimmt die Vereinsverantwortung Genossin Hilde Stephan die Leitung. Die 1. Frauenabteilung wird als Gast anwesend sein. Wir bitten nochmals um rege Propaganda und eruchen um zahlreiche Erscheinen der Arbeiter. Die Turnstunden sind wie folgt: Montag und Donnerstag von 18 bis 19.30 Uhr Kinderturnen, von 19.30 bis 21.30 Uhr Frauenturnen.

Geländelauf der Freien Sports. „1897“. In dem ideal gelegenen Gelände der Loheausforderung in der Nähe des Gräflichen Friedhofes veranstaltet die Freie Sportvereinigung „1897“ als Abschluß der Waldlaufsaison am Sonntag, dem 21. April, vormittags, seine für alle Arbeiterportvereine offenen Geländeläufe für Schüler, Sportlerinnen, Jugendliche und Männer. Einteilung der Läufe ist wie folgt: Schüler bis zu 14 Jahren 600 Meter, Sportlerinnen 600 Meter, Jugend 14 bis 16 Jahre 1200 Meter, Jugend 16 bis 18 Jahre 1500 und 3000 Meter, Männer 1500-, 3000- und 6000-Meter-Lauf. Die drei ersten Läufer eines Vereines werden als Mannschaft gewertet. Nebenbei Jugend und Sportlerinnen 5 Pfg., Männer 10 Pfg. Meldungen sind bis zum 14. April an Genossen O. Filor, Gräflicher Straße 87, zu richten.

Achtung, Stadteil West. Freitag, 20 Uhr, in den „Subertusfäden“, Friedrich-Wilhelm-Straße, Mitgliederberammlung. Mitgliederbuch als Ausweis.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: West. Stadtteil West. Freitag 20 Uhr in den „Subertusfäden“, Friedrich-Wilhelm-Straße. Mitgliederberammlung. Mitgliederbuch als Ausweis. Ost. Donnerstag 20 Uhr Mitgliederberammlung in den Union-Bier-Klub. Vertreter der 22. anwesend. Kommunistischer Jugendverband: West. Genossinnen und Genossen, welche Musikinstrumente haben, treffen sich zwecks Übung am Donnerstag bei der Genossin Seidenreich, Kreuzstraße 88. Donnerstag 20 Uhr Ferienkursus im Lokal „Zum Kaiserthron“. Sonntag 23. Sonntagabend am 7. April. Lokal wird noch bekanntgegeben. Treff Vorberathungen! Roter Frontkämpfer-Bund: West. Abt. 2. Achtung, Freitag von 18.30 bis 19.30 Uhr Klavierkonzert. Frauenklub, Ede Vordorferstraße. Abt. 6. Donnerstag 19 Uhr Kapselle bei Gauer Spielabende. Unbestimmtes, fünfziges Erscheinen erforderlich. Freitag 19 Uhr am Jobbenplatz antreten. Kapelle vollständig. Auswässer. Freitag im „Eisernen Kreuz“ Kameradschaftabend. Sonstige Organisationen: Ost. Rotte Eise. Freitag wichtige Funktionenübung in der „Union“, Langenstraße.

S.O.S. - S.O.S. - S.O.S. „Eisbrecher Krassin“ H I I I ! Ferner: „Kinderschicksale“ nur Donnerstag, Freitag, 5 u. 8 Uhr Einheitsplatz mit Ausweis 50 Pfennig - Jugend verboten Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Waldenburger Bergland

SP-Disten Stimmen für Deutschnational

Ein Deutschnationaler zum Amtsvorsteher-Stellvertreter in Oberwiesingendorf gewählt

Am 28. März fand in Oberwiesingendorf eine Gemeindevorstandssitzung statt. Es wurde zuerst über die Reuestellung der Steuer...

Der Bleiteiger verläßt das Reichsbanner nicht

Die Kreisleitung Waldenburg des Reichsbanners hatte für Montag, den 1. April, zu einer 5-Jahrfeier des Bestehens...

Ein nachahmenswertes Beispiel

Die Jahreshalle des Steinmetzerverbandes in Oberwiesingendorf ist vor einiger Zeit korporativ der Notiz Hilfe beigetreten.

Nieder-Herrnsdorf. Gegen den Betrug an den Werkstätten. Die kommunistische Partei hatte zu einer öffentlichen Versammlung...

Konradsthal. Notschlichtung. Der Stellensbesitzer Alfred N. war gezwungen, eine trüchtige Kuh abzuschlachten zu lassen...

Langwäldersdorf. Autounfall. Auf der Straße von Reimschmalbau nach Langwäldersdorf fuhr ein Personenkraftwagen...

Sitzung, Parteigenossen! Am Sonntag, dem 7. April, findet um 9 Uhr in der 'Brannter' die Parteiversammlung...

Schnaps. Werbeabend der Arbeitersportler. Am Sonntag veranstaltete der hiesige Arbeiterturn- und Sportverein...

Schweidnitz

Die Schulentlassungsfeier des Arbeiter-Sportklubs nahm bei gut besuchtem Hause einen merkwürdigen Verlauf.

Görlitz

Ein Wohnungsandal

In dem Hause Jäbenstraße 16 befindet sich ein Loch, das in einer Größe von 2 Meter Breite und 4 Meter Länge, 'Wohnung' genannt wird.

Sagan

Stadtverordnetenversammlung. Von der Wohlfahrtskommission wurde am 25. März ein lächerlicher Grundsatz festgelegt...

Glogau

Glogauer Arbeiter

Endlich hat England einen Arbeiterparteiartikel erfunden: die 'Militäre Kasse' - so schrie der Neusajzer 'Bolschewist'...

Der Vorstand der Staats- und Gemeindearbeiter beantragte für die Feuerwehr eine Frostaufgabe...

Hagenau

Freier Jugenderwerb. Der Bericht über die Jugenderversammlung ist gestern verschentlich unter 'Liegnitz' veröffentlicht worden.

Stellung der Arbeiter-Sportvereine von Seiten der Arbeiterschaft wird weiter erhofft.

Freiburg

Jugendweibe. Uns wird geschrieben: Am 1. Osterfesttag fand im festlich geschmückten Saale des Schützenhauses die Jugendweibe der Freireligiösen Gemeinde statt.

'Die sexuelle Not der Jugend.' Dieses Thema wird am Freitag, dem 5. April, um 10.30 Uhr in einer öffentlichen Versammlung...

Niederschlesien

Liegnitz

Herr Kohleler schnauzt

In dem Neubau der 'Merkur' auf dem Töpferberg ist ein ehemaliger Zugführer als Pförtner angestellt.

Grünberg

Das Kapital verhöhnt das Proletariat. Die Werkzeugzeitung, 'Gruschwitz-Rundschau' wird unentgeltlich an die Belegschaft...

Aus dem Riesengebirge

Petersdorf. Kurz vor Redaktionschluss erhalten wir Kenntnis von einer unerschämten Verleumdung der 'Bolschewistik'...

Mittelschlesien

Dölan. Erwerbsloserversammlung am 26. März. Nach Eröffnung der Versammlung referierte Sekretär Wenge über die Erwerbslosenverhältnisse im Magistrat...

Oberschlesien

Gegen den Krieg! Gegen den Gebürzwang!

Frauenkundgebungen

am Sonnabend, dem 6. April, 19 Uhr, in Gleiwitz, Stadigartenaal, Klosterstraße
am Sonntag, dem 7. April, 16 und 20 Uhr, in Oppeln, Altes Schützenhaus
Redner: Rechtsanwalt Obuch, M. d. L., Berlin
am Sonntag, dem 7. April, 18 Uhr, in Pindenburg, Saal, Piehla

Warum müssen die werftätigen Frauen mobilisiert werden?

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben die Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft geändert. Das Ideal des Bürgerbaus, die Frau ist die „Seele“ des Hauses, sie gehört ins Haus, um Kinder und Mann zu pflegen, um das „Heim“ gemütlich zu gestalten, ist durch die Verhältnisse zur Leeren Phrase geworden. Die Konzentration des Kapitals, die eine verschärfte Ausbeutung der breiten Schichten der Arbeiterschaft mit sich brachte, ist die Ursache des steigenden Elends des unterdrückten Proletariats. Durch die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse und Bedingungen, zu denen der Arbeiter heute in den Betrieben schuftet, ist ein Familienvater nicht mehr in der Lage, seine Familie zu ernähren. Die Frauen sind deshalb gezwungen, mitzubedenken.

Durch die kapitalistische Rationalisierung, die eine Veränderung der Produktion brachte, die Arbeitsteilung noch vergrößerte und keine gelernter Kräfte mehr notwendig machte, trat der Zustand ein, daß die Männer aus den Betrieben hinausdrängten und an ihre Stelle Frauen traten. Diese Frauen waren für die Kapitalisten willige und billige Ausbeutungsobjekte. 37 Prozent der Gesamtarbeiterschaft sind Frauen. Es ergab sich deshalb die Notwendigkeit, die Frauen in die Wirtschaftskämpfe um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit mit einzuziehen. Die Frauen in den Betrieben müssen kämpfen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit; da die Frauensöhne bis zu 40 Prozent niedriger sind als die Männerlöhne, obwohl die Frauen dieselbe Arbeit verrichten müssen. Sie müssen kämpfen um kürzere Arbeitszeit, freien Sonnabend-Nachmittag, um Schulpfortbildungen in den Betrieben.

In der Provinz Oberschlesien hat es nicht viel Industrien, wo überwiegend Frauen tätig sind, außer einer größeren Textilfabrik in Neustadt und einigen Tabak- und Schokoladenfabriken in Mailhor und Oppeln. Und trotzdem ist es eine zwingende Notwendigkeit, die Massen der Frauen der Metallarbeiter, Bergarbeiter usw. zusammenzufassen. Warum?

Die Lage des ober-schlesischen Proletariats ist eine ungemein schlechte. Die Bedingungen, zu denen der ober-schlesische Arbeiter in den Betrieben schuftet, sind die denkbar schlechtesten. So arbeitet der ober-schlesische Bergarbeiter in den Gruben unter und über Tage bis zu 40 Prozent billiger wie sein Kollege an der Ruhr. Auch die Arbeitszeit des ober-schlesischen Pumpens ist viel zu lang, dazu ist vor einigen Tagen ein Schießspruch gefällt worden, der die Bergarbeiter bis zum 1. Oktober 1920 weiter acht Stunden unter Tage und zehn Stunden über Tage schuftet läßt. Die Unglücksfälle in den Gruben sind von der gesteigerten Arbeitsleistung tägliche Erscheinungen. — Auch die anderen Arbeiterkategorien sind schlecht bezahlt, bekommt doch ein gelernter Metallarbeiter in Oberschlesien 65 Pfennig Stundenlohn; die Epikensöhne der Metallarbeiter stellen sich in Süddeutschland über 1. Mark pro Stunde. Diese Tatsachen der jämmerlichen Ausbeutung der ober-schlesischen Arbeiterschaft dürften auch die Massen der Frauen interessieren. Für eine Frau ist es nicht gleichgültig, ob der Mann in der Woche 30 Mark oder 40 Mark heimbringt, kann sie doch bei einem Wehverdienst besser ihre Bedürfnisse decken. Es muß deshalb Aufgabe der Frauen sein, weltgegendstes Interesse an den Kämpfen ihrer Männer zu haben. Der Kampf des Mannes ist auch zugleich der Kampf der Frau.

Die politischen Verhältnisse in Deutschland erfordern von den Frauen ebenfalls, da sie doch einen wichtigen Teil der Arbeiterklasse bilden, größere Aktivität. Zwar haben wir keine Bürgerlod-

regierung mehr, sondern eine Koalitionsregierung, in der auch Sozialdemokraten sitzen. Die „arbeiterfreundliche“ Politik der Sozialdemokratie besteht allerdings darin, die Arbeiterschaft noch mehr zu unterdrücken. Die sozialdemokratischen Minister sind verantwortlich für die reaktionären Maßnahmen. Herr Reichsminister Müller baut Panzerkreuzer, Herr Innenminister Seeger sorgt für Verbote des KPD und der kommunistischen Partei, Herr Finanzminister Gilsdorf zieht die Steuerfährde für die werftätige Klasse noch mehr an, läßt die Kapitalisten mit ihren Aktienportfolios ungeschoren, erhöht die Zölle auf Lebensmittel, Getreidefleisch usw., und Herr Arbeitsminister Wissell sorgt für Schießsprüche, die die Arbeiterverhörungen lassen. Dafür wird Herr Wissell prämiert und wird Ehrendoktor der Kieler Universität. Fräulein, die sozialdemokratischen Minister machen ihren bürgerlichen Kollegen Konkurrenz. Der Haushaltsplan des Deutschen Reiches gibt weiteren Aufschluß über die „Arbeiterpolitik“ der Regierung. Diese Zustände müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen herausfordern zum Kampf. Außerdem bestehen für die proletarischen Frauen noch besondere Seige und Berardnungen, wie z. B. der § 218, der der Frau das Recht auf ihren eigenen Körper nimmt.

6248 Verurteilungen im Jahre 1928 wegen des § 218, 30 000 Todesfälle jährlich auf Grund von Abtreibungen kennzeichnen die Situation zu dieser Frage.

Die Außenpolitik Deutschlands ist darauf gerichtet, unter den übrigen imperialistischen Staaten einen ebendürftigen Platz einzunehmen, um bei den kommenden Auseinandersetzungen um den Weltmarkt seinen Teil zu erhalten. Wenn auch die Gegenläufe der imperialistischen Staaten untereinander sich täglich ausprägen, der Kampf um den Weltmarkt sich härter gestaltet, so sind sich doch alle einig, daß die Sowjetunion zerfallen werden muß. Die Sowjetunion ist für die internationale Arbeiterklasse ein leuchtendes Beispiel des Weges, den sie zu gehen hat. Deshalb betrachten es die Imperialisten als eine unumgängliche Notwendigkeit, dieses Beispiel aus der Geschichte auszuschließen.

Die Kriegsgefahr ist deshalb kein Hirngespinnst der kommunistischen Partei, sondern eine Tatsache. Die Vorbereitungen zu einem Krieg gegen Rußland sind schon längst im Gange und wachsen von Tag zu Tag.

Die proletarischen Frauen müssen Schulter an Schulter mit den Männern gegen diese Gefahr kämpfen unter Führung der kommunistischen Partei. Im kommenden Kriege wird die Rolle der Frau nicht mehr paßiv sein oder sich nur auf wirtschaftliches Gebiet erstrecken, sondern die Frauen werden im Kriege aktiv mitwirken. Schon die Art des Krieges, Luft- und Gaskrieg, zieht die Bevölkerung, Frauen und Kinder, gewollt oder ungewollt in den Krieg hinein. Die bürgerlichen Frauenorganisationen gehen zum Teil schon dazu über, ihre Frauen militärisch zu formieren, um im gegebenen Augenblick die Weichen zu stellen zu können. Den proletarischen Frauen erwacht die Pflicht, die Reihen zu füllen, um mit in der Abwehrkampf gegen den imperialistischen Krieg, zum Schutze der Sowjetunion zu kämpfen.

Die russischen und französischen Arbeiterinnen haben in den großen Revolutionen der Pariser Kommune und der russischen Revolution von 1917 ihren Mann gefunden. Die deutschen Arbeiterinnen haben zu zeigen, daß sie nicht zurücktreten. Es gilt, eine andere Welt zu schaffen und das gequälte, unterdrückte Proletariat von den Fesseln des Kapitalismus zu befreien.

Gegen den Schand-Erlaß des Polizeiministers Orzesinski erhebt die werftätige Bevölkerung Gleiwitz schärfsten Protest

In der am 1. Osterfeiertag auf dem Ring in Gleiwitz trotz des schlechten Wetters stattgefundenen imposanten Kundgebung des KPD und der KJ. gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Koalitionsregierung des Hungers und Krieges, gegen den neuen Schand-Erlaß von Orzesinski, für die proletarische Diktatur, wurde die nachstehende Entschlieung angenommen:

„Die Versammlung in Gleiwitz erhebt schärfsten Protest gegen den Aufruf „Eine letzte Warnung“ des preussischen sozialdemokratischen Innenministers Orzesinski an die politischen Parteien sowie gegen den diesbezüglichen Erlaß an die Polizeibehörden. Der Erlaß bedeutet nichts anderes als die Verhängung des Ausnahmezustandes gegen die revolutionäre Arbeiterschaft in ganz Preußen und die Einstellung einer gewaltsamen Unterdrückung der revolutionären Arbeiterorganisationen. Er ist der erste Schritt zum Verbot der KPD, des KJ. und aller anderen Arbeiterorganisationen. Mit diesem Erlaß wird die Versammlungsfreiheit der Polizei ausgeliefert und praktisch beseitigt. Angesichts der ungeheuren Verschärfung der Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, angesichts des Bündnisses und der Verbrüderung der sozialdemokratischen Führer mit der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, gelobt die Versammlung, alles zu tun, um die rote Front, die Front gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien zu stärken.

Die Versammlung ruft die gesamte Arbeiterschaft auf zum Kampf gegen diese Koalitionsregierung, die Regierung des Hungers, des Krieges und der Reaktion, gegen die drohende faschistische Diktatur. Wieder mit der Koalitionsregierung!

Und wieder das Neudorfer Pfarrgemeinde-Blatt

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten)

Das Blatt vom Pfarrer Dgan müßte so helfen. Besonders kann er den letzten Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ nicht verdauen, weil er ihm noch im Magen liegt. Dgan schreibt in seinem Blatt: „Ich wende mich nur an normalbedingte, anständige Menschen, die unter der Verlogenheit kommunistischer Zeitungen zu leiden haben. In der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ vom 13. März, die mir ein Herr aus Komprachisch zur Verfügung stellte, ist folgendes zu lesen: „Vergeßt nicht, appelliert Dgan an die christliche Nächstenliebe, daß er selbst keinen Handgriff ohne Geld machte.“ Weiter schreibt er: „Was Kommunisten und Sozialisten über katholische Priester schreiben, ist Lüge und Verleumdung gemeinster Art.“ Herr Dgan, ich richte an Sie die Frage, ob die Kommunisten in ihren Zeitungen oder Sie in Ihrem Pfarrgemeindeblatt liegen? Wie ich feststellen habe, sind Sie

es, Herr Dgan! Denn in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 13. März stand: „Da kämpfen zehn Dgans in jedem Orte vergebens.“ Nicht wie Sie behaupten, „da er selbst keinen Handgriff ohne Geld macht.“ Weiter schreibt Dgan: „Das kommunistische Blatt beleidigt auch den Pfarrer durch die kommunistische Bemerkung „da er selbst keinen Handgriff ohne Geld machte.“ Dgan will jedes Jahr 300 Mark wegen der gottverfluchten Kommunisten aus seiner Tasche zum Pfarrgemeindeblatt zu legen, damit die Kommunisten wieder in die Kirche kommen und sich belehren lassen. Dgan behauptet, die Neudorfer Kommunisten sollten ihn jährlich 300 Mark. Wozu denn die unendlichen Ausgaben, Herr Dgan? In der Bibel steht doch: „Liebet eure Feinde, tut Gutes denen, die euch hassen und verleunden.“ Sie sehen es schon selbst ein, daß Sie und noch zehn Dgans die Kommunisten nicht austrotten werden. In einem anderen Artikel derselben Nummer seiner Zeitung beleidigt Dgan seine Rosenkranz-Mitglieder, indem er schreibt: „Am 20. Mai 1928 hatten wir Reichstagswahlen. Bei 4000 wahlberechtigten Frauen und Männern wurden nur 1071 katholische Stimmen abgegeben. Wo sind die anderen 3000 geblieben? Ich werde es euch verraten, heißt: 617 Katholiken entpuppten sich als Kommunisten.“ O, wie schade, daß die Kommunisten noch nicht tot sind, Herr Pfarrer. Weiter 212 gaben ihre Stimme der SPD. Diese 617 und 212 sind Jubale geworden an Gott, Kirche und Priester.“ Jeder vernünftige Mensch muß sich diese Zeilen überlegen, und dem Pfarrer Dgan als Antwort auf die Beleidigung den Kirchenaustritt erklären.

Beuthen

Geraus aus dem katholischen Arbeiterverein!

Wir erhalten von einem Arbeiter eine Zuschrift, die wir veröffentlichen:

„Arbeitschwestern und -brüder!

Auch in unserer Stadt wird in letzter Zeit eine rege Propaganda für den katholischen Arbeiterverein entfaltet. Werbemoschen und abende sind angelegt, um die Proleten für die Ziele des Klerus und der Kirche einzufangen. Jedes Mittelchen ist diesen Ruten-trägern recht. Eine beispiellose Doye gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung lassen diese „christlichen“ Brüder vom Stapel. Mit Lüge und Verleumdung arbeiten diese Leutchen. Das beliebteste Ziel, das sie anwenden, ist von Verfolgung und Unterdrückung der Massen in der Sowjetunion zu reden. Diese Schaurmärchen, die sie erzählen, können meines Erachtens nur dazu beitragen, der proletarischen Frau und dem Mann die Augen zu öffnen über solche dummdreiste Lügen. Diese katholischen „Arbeiterführer“ sind eure Feinde. Ein solcher Apostel wagte, in einer Bergarbeiter-Versammlung zu sagen, daß die

Arbeiter mit ihrem seigen Volk aufleben sein können, und verteidigte sie auf das bessere Leben im Jenseits.

Heraus, ihr christlichen Proletarier, aus dem katholischen Arbeiterverein, und kämpft mit gegen diese Gesellschaftsordnung, in der ihr Not und Elend leidet, für ein proletarisches Deutschland.

Essentielle unentgeltliche Impfung im Stadtkreis Beuthen für Orkimpfung

- a) der inneren Stadt und des Stadtteils Rothberg im Schützenhaus am 8., 9. und 10. April 1929 von 9 bis 11.30 Uhr und von 14 bis 16 Uhr, je nach Vorladung. Die Impfungen, die keine Vorladung erhalten haben, sind am 23. April um 14 Uhr im Schützenhaus vorzuführen;
- b) aus Dombrowa im Saale des Restaurants Schnelber („Frühchenhof“) am 22. April, 14 Uhr, nach Vorladung. Die Impfungen, die keine Vorladung erhalten haben, sind am selben Tage um 17 Uhr in demselben Lokal vorzuführen.

Die Nachschau findet am gleichen Tage der darauffolgenden Woche statt, falls nicht im Impftermin etwas anderes angegeben wird.

Zur Orkimpfung sind zu bringen:

- a) sämtliche im Jahre 1928 geborenen, noch nicht mit Erfolg geimpften Kinder,
- b) alle Kinder aus früheren Jahren, die noch nicht mit Erfolg geimpft sind.

Ratibor

Und so einen nimmt man als Armenvater.

Motto: „Und willst du nicht mein sein, so stelle ich die Unterstüfung ein.“

Ehr-sonderbare Methoden wendet der Armenvater M. A. L. E. gegen den ausgesteuerten Arbeitslosen vom Wohlhabenden an. Dieser Armenvater ist vor kurzem erst für diesen Posten ernannt worden. Derselbe ist zugleich Geschäftsmann und hat im wesentlichen nur für sein Geschäft Interesse. Wenn ein Ausgesteuerter bei ihm erscheint und ihn ersucht, in der Eigenschaft als Armenvater eine Unterstüfung zu bewilligen, stellt er denselben glatt ab. Wir wollen hiermit der Öffentlichkeit nur ein Beispiel unterbreiten von der Praxis dieses Armenvaters. Der erwerbslose ausgesteuerte war bei M. A. L. E. einige Zeit als Kaufmann tätig. Außer dem Essen, das er dem Erwerblosen hin und wieder einmal gab, erhielt er sonst nichts. Weil aber der Erwerblose mit dieser Art von Unterstüfung nicht zufrieden war, und er das Hin- und Herlaufen im Rathaus dieser Armenvater dazu über, für den Betreffenden die Unterstüfung einzustellen. Es ist Zeit und angebracht, solche Missetände und Willkürakte gründlich zu beseitigen.

Falkenberg

Erwerbslosenversammlung in Schurgast

Ein Arbeitsloser schreibt uns: „Schon des öfteren bin ich in dem Ort Schurgast gewesen, um dort „Arbeiter-Zeitungen“ zu verkaufen. Ich sah die Gedanken, dort eine Erwerbslosenversammlung abzuhalten. Schurgast ist ein schwarzes Nest. Ich bekam keinen Saal. Nach langem Hin und Her wurden die Erwerbslosen schließlich, die Versammlung auf dem Ring abzuhalten; doch dazu verweigerte der Bürgermeister die Erlaubnis, obwohl es in Schurgast keine Bann-messe gibt. Während der Verhandlungen mit dem Bürgermeister schrieb der Landjäger meinen Namen und meine Adresse auf und erkundigte sich auch nach dem Namen des aus Oppeln erklärten Referenten. Er dachte wahrscheinlich, daß wir Menschenfresser sind. Nach langwierigen Verhandlungen konnte die Versammlung bei dem Gastwirt Scho lz abgeschlossen werden. Daran nahmen auch einige verbotene Sozialdemokraten teil. Der Referent, Genosse L. A. B. er, rechnete mit diesen gehörig ab. Sie konnten ihm keine Antwort geben und wurden auf 100 „Arbeiter-Zeitungen“ und 20 Minuten gestrichelt wurden verkauft. Trotz aller Schläge, es geht vorwärts!

Oppeln

Nächstenliebe

Vor einigen Wochen verunglückte das Sanitätsauto des roten Kreuzes auf der Chaussee Krappitz—Oppeln. Die beiden Fahrer sollen dabei nicht unerschwerlich verletzt worden sein. Statt nun, wie es Pflicht eines Vorstehenden ist, für schnellste Abholung der Verletzten zu sorgen, mühten die beiden Sanitäter von nachts 1 Uhr bis nächsten Tag nachmittags 4 Uhr auf Abholung zu warten. Und nicht nur das. Sofort nach dem Unglück, für welches die beiden Leute nicht verantwortlich gemacht werden können, da an dem Tage Schnee und Kälte auf den Straßen herrschten, wurden diese von dem Vorstehenden der Kolonne, Polizeioberinspektor a. D. P. L. o. h., fristlos entlassen.

Wo gehen wir am Sonntag hin?

Der kommunistische Rechtsanwalt Genosse Obuch, Mitglied des Preussischen Landtages, spricht am Sonntag, dem 7. April, 16 Uhr, in Oppeln im alten Schützenhaus gegen den neuen Strafgesetzentwurf, insbesondere den Abtreibungsparagrafen 218.

Außerdem läuft der das ganze Thema behandelnde sieben Akte lange, hochinteressante Film „Der Kreuzzug des Weibes“. Keine Arbeiterfrau und kein Arbeitermännchen sowie kein verantwortungsbewusster Mann veräume die Veranstaltung zu besuchen. Zur Deduktion der Untkosten wird ein Eintritt von 50 Pfennig erhoben.

Das Zentrum abermals gegen Herabsetzung der Mieten!

In der außerordentlichen Vorbereitungsausschüßung am vergangenen Donnerstag, wo man sich mit der Bräutigamsfrage beschäftigte, stellte Genosse Wirndt den Antrag, daß sich der Vorbereitungsausschüß auch mit dem am 1. April geplanten Mietenerhöhung in den städtischen Häusern beschäftigen müsse und einen Beschluß fassen solle, der dem Magistrat jede weitere Mieterhöhung verbietet. Der Zentrumsvorstandsvorsitzer Studienrat Kaluzja lehnte die Behandlung dieser Frage ab und versuchte sich damit herauszureden, daß der Vorbereitungsausschüß nicht berechtigt sei, einen solchen Beschluß zu fassen. Selbstverständlich trifft das nicht zu, denn wenn der Vorbereitungsausschüß, in dem alle Parteien ihrer Stärke entsprechend vertreten sind, einer Frage zustimmt, so ist es allemal sicher, daß dieser Beschluß auch in der Stadtverordnetenversammlung gebilligt wird. Das Zentrum zeigte sich also auch hier wieder gegen die Mieter. Wird der „Kurier“ diese Tatsache seinen Lesern mitteilen? Ganz bestimmt nicht!

Hinweg mit dem Abtreibungsparagrafen!

Bei der Kundgebung gegen den § 218 am Sonntag, dem 7. April, in Oppeln, empfiehlt es sich, da um 20 Uhr mit einem großen Andrang zu rechnen sein wird, die Nachmittagsvorstellung um 16 Uhr zu besuchen. Da bei Beginn die Saaltüren geschlossen werden, ist pünktliches Erscheinen erforderlich.

Reben der Vorführung des Films „Der Kreuzzug des Weibes“, spricht der Rechtsanwalt Genosse Obuch, Mitglied des preussischen Landtages.

Achtung, Arbeiterkorrespondenten!

Alle Zuschriften aus den Orten des ober-schlesischen Parteibereichs sind an die

Ober-schlesische Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ Gleiwitz, Ebertstraße 26, zu senden. Adresse: Georg Park, Gleiwitz, Ebertstraße 36.

Ober-schlesische Lokalredaktion der „Arbeiter-Zeitung“

